

GATWU FORUM

Gesellschaft für Arbeit, Technik
und Wirtschaft im Unterricht e.V.

Impressum

Hinweis:

Die Verantwortung für den Inhalt der einzelnen Beiträge in diesem GATWU - Forum liegt bei den genannten Autorinnen und Autoren bzw. bei der Schriftleitung des GATWU-Forum.

Unser Beitrag zum Umweltschutz:

Gedruckt wurde der Innenteil dieser Broschüre auf chlor- und säurefreiem Offsetpapier.

Impressum:

GATWU - FORUM (vormals **GATWU-Mitgliederrundbrief**)

21. Jahrgang 2007, Heft Nr. 2

- Herausgeber: Gesellschaft für Arbeit, Technik und Wirtschaft im Unterricht e.V. (Geschäftsstelle: c/o TU Berlin - Institut für Berufliche Bildung und Arbeitslehre, Franklinstr. 28/29, 10587 Berlin)
- Vorsitzender: Dr. Günter Reuel, Pestalozzistr. 37, 10627 Berlin, Tel.: 030-32703440; FAX: 03032703441; E-Mail: greuli@t-online.de
- Redaktion: Dr. Wilfried Wulfers (verantwortlich) unter Mitwirkung von Prof. Dr. J. Lackmann
- Anschrift: Redaktion GATWU - Forum, c/o Dr. Wilfried Wulfers, In der Wann 15a, 35037 Marburg; Tel.: 06421-34942; FAX: 06421-360076; E-Mail: w.wulfers@gmx.de
- Druck: Verlag Sonnenbogen, Berlin-Marwitz

ISSN 0948 - 7077

Inhalt

	Seite
GATWU - Intern	4
GATWU Homepage und Beiträge im Forum	4
Beiträge im GATWU-Forum	4
Vorstandswahl 2007	5
Lernfeld Arbeitslehre in den Bundesländern (2007)	6
Neue Mitglieder u.a.	19
Fach- und Landesgruppen	21
Berlin: Hinweis	21
Brandenburg: Hinweis	21
Bremen: Hinweis	21
Hamburg: Hinweis	21
Hessen: Hinweis	21
Rheinland Pfalz: Hinweis	21
AG Grundschule und Technik	21
Aktuelle Informationen	22
Schule auf Partnersuche	22
Schülerfirmen auf dem Prüfstand	24
Wasserkrise schlimmer als Krieg	27
Berufswahlpass - Ersatz für die Arbeitslehre?	28
Kooperation der Kurt-Löwenstein-Schule Berlin	30
Fragen zum Einsatz des Berufswahlpasses	31
Staatsverschuldung in Deutschland	32
Was machen Jugendliche ohne Ausbildungsplatz?	36
Moment mal! (Grundrecht soziale Sicherheit)	37
Kurzhinweise / Internetadressen	39
Tagungshinweise / Wettbewerbe	44
Deutscher Gründerpreis für Schüler 2008	44
Publikationshinweise	45-50
Kontaktanschriften/Mitgliederwerbung	51-52

GATWU - Intern

GATWU-Homepage und Beiträge im Forum

GATWU-Homepage

Die GATWU arbeitet kontinuierlich an einer verbesserten, gut zugänglichen und vor allem praxisorientierten Homepage. Es finden sich darauf Informationen zur GATWU (u.a. Satzung, Selbstverständnispapier, Kontaktadressen), Berichte über Aktivitäten der GATWU auf Bundes- und auf Landesverbandsebene (erwähnt sei hier, dass jeder Landesverband mit einer eigenen Startseite vertreten ist, auf der es nicht nur Informationen zum Landesverband gibt, sondern ebenfalls einen Servicebereich und die Möglichkeit aktuelle Nachrichten publik zu machen), Hinweise auf Tagungen, zahlreiche weiterführende Links zur Arbeitslehre und das vollständige GATWU - Forum, teilweise mit weiterführenden Informationen zu den aufgeführten Artikeln und Informationen.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass der Landesverband der GATWU "Gesellschaft für Arbeitslehre Berlin" ebenfalls eine neu gestaltete Homepage hat. Die Berliner starten damit einen weiteren Versuch spezielle Arbeitslehreinhalte, einer breiten Öffentlichkeit in ansprechender Form nahe zu bringen. Ein Blick auf diese beiden Seiten lohnt:

<http://www.gatwu.de>
und
<http://arbeitslehre-berlin.de>

Beiträge im GATWU-Forum

Unser **GATWU-FORUM** möchte ein Periodikum sein, das einerseits notwendige Informationen für die Mitglieder unserer Gesellschaft enthält, andererseits aber auch Raum für die Diskussion aktueller und grundlegender Fragen und Probleme der vielgestaltigen Bereiche des Lernfeldes Arbeitslehre bietet. Um unser GATWU-Forum weiterhin interessant, aktuell und zielgruppenorientiert zu gestalten, möchten wir alle Mitglieder erneut um rege Mitarbeit bei der inhaltlichen Ausgestaltung bitten. Es können dabei sowohl überschaubare Beiträge, Hinweise auf neue Publikationen bzw. graue Materialien zum Lernfeld der Arbeitslehre oder allgemeine Ankündigungen zur Veröffentlichung im GATWU - Forum an die Redaktion des GATWU - Forum übermittelt werden. Wünschenswert ist es, dass die Beiträge als Datei (möglichst mit Word erstellt!) unformatiert auf einer beliebigen Diskette vorliegen. Abschließend sei darauf hingewiesen, dass wir immer an Vorschlägen zur Verbesserung (sowohl inhaltlicher Art oder im Hinblick auf die äußere Gestaltung) des GATWU-Forums interessiert sind.

Wilfried Wulfers

Vorstandswahl 2007

Liebe GATWU-Mitglieder,
dem Wahlvorstand sind frist- und formgerecht nach dem 3. Wahlaufufruf folgende Kandidatinnen und Kandidaten für die Neuwahl des Vorstandes benannt worden:

für den Vorsitzenden	Manfred Triebe, Berlin
für den stellv. Vorsitzenden	Ulf Holzendorf, Potsdam
für die Geschäftsführerin	Simone Knab, Berlin
für die zwei Beisitzer	Olaf Czech, Potsdam Hans Joachim Renger, Berlin

Die Wahl fand als Briefwahl statt. Der allen GATWU-Mitgliedern übermittelte Rücksendeumschlag war spätestens bis zum **20. Dezember 2007** (Poststempel) an den Wahlvorstand zu schicken. Die Wahlergebnisse werden in Kürze bekannt gegeben.

Nachfolgend ist die Selbstdarstellung der Kandidatinnen und der Kandidaten aufgeführt.

Der Wahlvorstand:
Prof. Dr. Dieter Mette
Dr. Peter Zeißler

Kandidat für das Amt des Vorsitzenden:

Manfred Triebe

Geboren 1942, nach verschiedenen Berufstätigkeiten Studium der Arbeitslehre an der PH - Berlin. Seit 1972 im Berliner Schuldienst, zunächst an einer OH, dann an einer Gesamtschule mit Schwerpunkt Arbeitslehre. Seit 1992 Fachbereichsleiter für Arbeitslehre. Arbeitsschwerpunkte: Lehrerfortbildung, Mechanische Technologie, Lehrküche, Textil, Arbeitssicherheit. Mitarbeit in der Rahmenplankommission des vorletzten Rahmenplanes. Gründungsmitglied der GATWU, seit 2004 Sprecher der Gesellschaft für Arbeitslehre Berlin.

Ich bin verheiratet, koche gerne, bin viel mit dem Fahrrad unterwegs und arbeite gerne in meinem Garten.

Ich möchte in meiner künftigen Arbeit die Integration der Teilbereiche der Arbeitslehre fördern und die GATWU stabilisieren.

Kandidat für das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden

Ulf Holzendorf

Geboren am 1.1.1954 in Werneuchen bei Berlin. Bis 1972 Schule und Abitur. Danach Studium in Potsdam und Abschluss als Diplomlehrer für Polytechnik. Forschungsstudium und Schulpraxis bis 1981, Abschluss mit der Promotion. Anstellung an der PH Potsdam und Ausübung verschiedener Tätigkeiten in der Lehrerbildung. Weiterbildungsveranstaltungen für Lehrer, Veröffentlichungen schuldidaktischer Bücher und Materialien. Arbeit in der Rahmenplankommission Brandenburg.

Jetzige Tätigkeit am Institut für Arbeitslehre/Technik in Potsdam und verantwortlich für die Fachinhalte des privaten Haushalts und der Fertigungstechnik.

Als Beisitzer im GATWU-Vorstand seit 2002.

Ich bin verheiratet, habe 2 Kinder und 2 Enkel, für die auch noch Zeit bleiben muss.

Kandidatin für das Amt der Geschäftsführerin

Simone Knab

Geboren am 19.12.1963 in Berlin, Lehrerin für die Fächer Kunst und Arbeitslehre, seit 2002 am Institut für Berufliche Bildung der Technischen Universität Berlin als Wissenschaftliche Mitarbeiterin für die Arbeitslehre-Didaktik tätig.

Kandidat für das Amt des Beisitzers

Hans Joachim Renger

Ich bin 61 Jahre alt, verheiratet und habe 3 Kinder.

1968 - 1971 Lehramtsstudium in Freiburg/Br., seit 1972 Lehrer für Arbeitslehre in Berlin, seit 30 Jahren Fachbereichsleiter für Arbeitslehre an der Friedensburg-Oberschule (Gesamtschule in Berlin Charlottenburg).

GATWU-Mitglied seit 1988 und mehrere Jahre Vorsitzender der Gesellschaft für Arbeitslehre Berlin.

Kandidat für das Amt des Beisitzers

Olaf Czech

Zur Person:

Geb.: 03.10.1944

Ausbildung:

1963 Abitur an der Volkshochschule

1964 Facharbeiter für Kraftfahrzeugtechnik

1968 Staatsexamen an der PH Potsdam, Fachlehrer für Polytechnik

1987 Promotion im Bereich der Wissenschaftlich-Praktischen-Arbeit in den Klassen 11 und 12

Tätigkeiten:

1968 bis 1973 Fachlehrer für Polytechnik an der Polytechnischen Oberschule in Eiche

1973 bis 1991 Lehrer im Hochschuldienst, PH Potsdam, Wissenschaftsbereich Methodik

Ab 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter, Uni Potsdam, Institut für Arbeitslehre/Technik

Zurzeit in Altersteilzeit (Ruhephase)

Lehrgebiete:

Fachdidaktik

Bautechnik

Kraftfahrzeugtechnik

Wilfried Wulfers:

Lernfeld Arbeitslehre in den Bundesländern (2007)

1. Baden-Württemberg

URL der Ressource: <http://www.schule-bw.de/>

Inhaltliche Angaben: Beschreibung:



Der Landesbildungsserver Baden-Württemberg ist die Standard - Plattform des Landes im Umfeld Schule. Er wird vom Landesinstitut für Schulentwicklung (LS) im Auftrag und in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport betrieben und weiterentwickelt. Zielgruppen sind Lehrerinnen und Lehrer, aber auch alle anderen am schulischen Leben Beteiligte und Interessierte. Hauptziel ist, Kolleginnen und Kollegen aller Fächer und aller Schularten zur Integration moderner digitaler Medien in den Unterricht zu motivieren und dabei zu unterstützen. Zahlreiche eigene Beispiele, Anregungen und Anleitungen sowie viele ausgesuchte und kommentierte Links stehen zu diesem Zweck zur Verfügung.

Angaben zum Lernfeld der Arbeitslehre

In Baden-Württemberg wird „Arbeitslehre“ nicht als eigenständiges Fach unterrichtet. Elemente des Lernfeldes Arbeitslehre sind integriert in den Fächerverbänden

MNT = Materie, Natur, Technik

und

WAG = Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit

Neben Bildungsplänen gibt es für den WAG-Fächerverbund detaillierte Stoffverteilungspläne für die Klassen 6 bis 9, die mit Organisationsmodellen und konkreten Unterrichtseinheiten als Downloads ins Internet eingestellt sind.

Unterrichtseinheiten liegen z.B. für die Themenbereiche Teelichthalter, Teddybär, Markterkundung durchführen, Fragebogen zur Markterkundung, Projektideen, Raster zu Kompetenzfeldern und Inhalten vor.

Schnellsuchhinweise für die Internetrecherche:

Zunächst auf die Homepage des Landesbildungsserver gehen, dann in der linken Menüleiste den Button

- 1) „Unterrichtsmaterial“ anklicken,
- 2) anschließend die Unterleiste „Lehrpläne“ und
- 3) abschließend auf „Lehrpläne für ... Hauptschule“ gehen
- 4) und hier das Hauptdokument „Lehrplan“ öffnen.

Hier finde ich den erwähnten Lehrplan. Suche ich den Lehrplan für die Realschule, das gehe ich auf „Lehrpläne für den Bildungsgang Realschule“.

2. Bayern

URL der Ressource: <http://www.schule.bayern.de/>

Inhaltliche Angaben: Beschreibung:



Der Bayerische Schulservers versteht sich als Verbund von Angeboten einzelner Institute und Organisationen. Wesentliche Informationen sind in der zentralen Datenbank b@sis gespeichert. Die Suchmaschine erfasst speziell die Server dieser Einrichtungen. Die Datenbank enthält Verweise zu Quellen im Internet, an denen wertvolle Informationen und Materialien für den Unterricht abrufbar sind. Eine Abfrage kann nach Schlüsselworten erfolgen und bei Bedarf auf Fächer und Schularten eingegrenzt werden.

Angaben zum Lernfeld der Arbeitslehre

In Bayern erscheint in den genehmigten Lehrplänen der Haupt- und Realschulen nicht direkt das Fach „Arbeitslehre“.

In dem Lehrplan der **Hauptschule** sind diese „Fachprofile“ genannt und werden ausgeführt:

- Arbeit-Wirtschaft-Technik,
- Werken/Textiles Gestalten,
- Gewerblich-technischer Bereich,
- Kommunikationstechnischer Bereich oder
- Hauswirtschaftlich-soziales Bereich.

In dem Lehrplan der **Realschule** sind die Fächer

- Technisches Zeichnen/CAD,
- Textliches Gestalten,
- Textverarbeitung,
- Werken oder
- Wirtschafts- und Rechtslehre ausgewiesen.

Schnellsuchhinweise für die Internetrecherche:

Zunächst auf die Homepage des Landesbildungsservers gehen, dann in der linken Menüleiste den Button

- 1) „Schularten“ anklicken,
- 2) anschließend die Unterleiste „Hauptschule oder Realschule“ und
- 3) abschließend auf „Lehrpläne“ gehen.

Hier finde ich die erwähnten Lehrpläne und Fachprofile.

3. Berlin

URL der Ressource: http://www.bebis.de/bebis_start

Inhaltliche Angaben: Beschreibung:



Der Berliner Bildungsserver wird im Auftrag der Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport entwickelt. Die inhaltliche Verantwortung und redaktionelle Betreuung der 10 Arbeitsbereiche erfolgt durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Berliner Landesinstituts für Schule und Medien und des Verbands für sozial-kulturelle Arbeit. Es gibt Angebote zu den Rubriken: News; Miteinander reden; Medien; Aus- und Weiterbildung; Projekte und Werkstätten; Schulzeit vorbei - was tun?; Fächer, Lernfelder, Schulstufen; Außerschulische Jugendarbeit; Fortbildung, Unterstützung, Schulorganisation.

Angaben zum Lernfeld der Arbeitslehre

In Berlin gibt es einen detaillierten Rahmenplan (34 Seiten) für die Sekundarstufe I, der die „Arbeitslehre“ in den Jahrgangsstufen 7 bis 10 in der Haupt- und Realschule und in der Gesamtschule aufführt.

Erfreulicherweise gibt es auf dem Berliner Landesserver auch weiterführende Links zur GATWU und Hinweise auf konkrete Materialien für den Arbeitslehreunterricht.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass auf der Homepage der Gesellschaft für Arbeitslehre Berlin „<http://arbeitslehre-berlin.de>“ eine Fülle von Hinweisen zur Arbeitslehre zu finden ist, die auch gezielte Praxishilfen zur Umsetzung des Faches beinhalten.

Schnellsuchhinweise für die Internetrecherche:

Zunächst auf die Homepage des Landesbildungsserver gehen, dann im rechten Bereich den Button

- 1) „Fächer“ anklicken,
- 2) anschließend auf „Arbeitslehre“ und
- 3) abschließend auf „Rahmenlehrplan Arbeitslehre“ gehen.

Hier finde ich die erwähnten Links und den Rahmenlehrplan.

4. Brandenburg

URL der Ressource: <http://www.bildung-brandenburg.de/index.php>

Inhaltliche Angaben: Beschreibung:



Der Brandenburgische Bildungsserver ist ein Service des Landesinstituts für Schule und Medien (LISUM Bbg) im Auftrag des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg. Er bietet Informationen zu den Bereichen Schule, außerschulische Bildung, Aus- / Fortbildung, Weiterbildung, Entwicklung, Medien, Bildung und Gesellschaft. Weiterhin findet man Wettbewerbe, einen Schüler/innen-Club, Infos für Eltern, Angebote für Sorben und Informationen zu internationaler Zusammenarbeit.

Angaben zum Lernfeld der Arbeitslehre

In Brandenburg gibt es einen detaillierten Rahmenlehrplan (84 Seiten) für die Sekundarstufe I zu den Bereichen „Wirtschaft-Arbeit-Technik“ und „Wirtschaft-Arbeit-Technik (Wahlpflichtbereich“. In diesem Rahmenlehrplan sind u.a. die Inhalte des Pflichtbereiches, die fachspezifischen Themen und Aufgaben, eine Darstellung der Themenfeld und Modulbeispiele für die Jahrgangsstufen aufgeführt.

Schnellsuchhinweise für die Internetrecherche:

Zunächst auf die Homepage des Landesbildungsserver gehen, dann im linken Bereich den Button

- 1) „Rahmenlehrpläne“ anklicken,
- 2) anschließend auf „Sekundarstufe“ und
- 3) abschließend auf „Rahmenlehrpläne“ gehen.

Hier findet sich der erwähnte Rahmenlehrplan.

5. Bremen

URL der Ressource: <http://www.schule.bremen.de/>

Inhaltliche Angaben: Beschreibung:



Der Bildungsserver des Landes Bremen entsteht im Auftrag des Senators für Bildung und Wissenschaft der Freien Hansestadt Bremen und wird betrieben vom Landesinstitut für Schule. Er bietet Informationen zu den Themen Curricula, Europa, Kunst & Kultur, Medien, Schulbegleitforschung, Sprachen, Umwelt & Entwicklung, Unterrichtsmaterial, Unterrichtsprojekte und Wissen.

Angaben zum Lernfeld der Arbeitslehre

In Bremen ist das ehemalige Fach „Arbeitslehre“ zum Fachverbund „Wirtschaft, Arbeit, Technik“ mutiert.

Detaillierte Bildungspläne im Hinblick auf diesen Fachverbund gibt es für das Gymnasium (Jahrgangsstufe 5-10, insgesamt 14 Seiten), für die Sekundarstufe I (Jahrgangsstufe 5-10, 17 Seiten). Weiterhin zusätzliche Handreichungen zur Ökonomischen Bildung (Sekundarstufe I, 81 Seiten).

Schnellsuchhinweise für die Internetrecherche:

Zunächst auf die Homepage des Landesbildungsserver gehen, dann im linken Bereich den Button

- 1) „curriculum & unterricht“ anklicken,
- 2) anschließend auf „Sekundarstufe I“ (linke Navigationsleiste) und
- 3) abschließend auf das Fach „Wirtschaft, Arbeit, Technik“ gehen.

Hier finden sich die erwähnten Bildungspläne und die Handreichung.

6. Hamburg

URL der Ressource: <http://www.hamburger-bildungsserver.de/>

Inhaltliche Angaben: Beschreibung:

Der Hamburger Bildungsserver (HBS) ist der offizielle Landesbildungsserver der Freien und Hansestadt Hamburg. Der HBS unterstützt aktiv die Unterrichtsarbeit der Lehrerinnen und Lehrer in allen Schulformen. In Hamburg ist der HBS die zentrale pädagogische Plattform des Bildungssektors, über die andere pädagogische Angebote und Internetauftritte erschlossen werden. Institutionell wird der HBS im Rahmen des Internetangebots der Freien und Hansestadt Hamburg von der Behörde für Bildung und Sport betrieben. Das Angebot umfasst die Rubriken Fächer, Themen, Schule, Berufliche Bildung, Institutionen und Service.

Angaben zum Lernfeld der Arbeitslehre

In Hamburg erscheint auf der Fächerübersicht der Sekundarstufen zwar nicht mehr das eigenständige Fach „Arbeitslehre“, sondern ist jetzt aufgegliedert in „Wirtschaft“ und „Natur und Technik“, aber bei den Bildungsplänen gibt es noch einen detaillierten Plan von 33 Seiten über „Arbeitslehre“ (Bildungsplan für die Klassen 5/6 der Sek. I der integrierten Gesamtschule).

Schnellsuchhinweise für die Internetrecherche:

Zunächst auf die Homepage des Landesbildungsserver gehen, dann in der oberen Menüzeile den Button

- 1) „Fächer“ anklicken,
- 2) anschließend bei der Sekundarstufenübersicht auf „Natur und Technik“ und
- 3) abschließend unter der Menüzeile auf „Bildungspläne“ gehen.

Hier finden sich die erwähnten Bildungspläne.

Positiv fällt bei der zusätzlichen Linkliste unter der Rubrik „Natur und Technik“ auf, dass hier vielfältige Informationen und Hinweise gegeben werden. Z.B. wird auf die Arbeitslehre bei den einzelnen Landesbildungsservern hingewiesen, es gibt Lehrerhilfen für die „Technik“, Verweise auf „Unterrichtsmaterialien“ und „Unterrichtsbeispiele“ erfolgen und Arbeitsmaterialien zur Technik, Arbeitslehre und Werken werden aufgeführt.

7. Hessen

URL der Ressource: <http://portal.bildung.hessen.de/>

Inhaltliche Angaben: Beschreibung:



Verantwortlich für den Hessischen Bildungsserver ist das Amt für Lehrerbildung (AfL). Es gibt Angebote für Eltern, Lehrer/innen, Referendar/innen, Schüler/innen, Schulleiter/innen und Partner von Schulen. Man findet Informationen zu den Bereichen: Institutionen; Schulformen und Schulstufen; Lernen und Unterricht; Schule als System, Lehrerbildung; Medien, Computer, Netze und Kommunikation.

Angaben zum Lernfeld der Arbeitslehre

Während in früheren Jahren in Hessen die Arbeitslehre in allen allgemeinbildenden Schulformen als eigenständiges Fach verankert war, ist sie heute nicht mehr im Gymnasium vertreten.

Bereiche der Arbeitslehre wie z.B. die Vor- und Nachbereitung des Betriebspraktikums oder die Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf die Arbeitswelt sind dagegen laut hessischem Schulgesetz als Aufgabe aller Schulformen anzusehen.

Eigenständige detaillierte Lehrpläne für die Arbeitslehre gibt es für die Haupt- und Realschule. Diese sind dem Online-Lernarchiv des hessischen Bildungsserver zu entnehmen.

Um den Schulen in Hessen bei der Umsetzung des Faches Arbeitslehre bzw. für die Hinführung zur Arbeits- und Wirtschaftswelt Hilfestellungen zu geben, hat das Hessische Kultusministerium den Informationsdienst AWA (Arbeitslehre - Wirtschaft - Arbeitswelt) eingerichtet. Ein Schwerpunkt dieses Informationsdienstes liegt darauf, Materialien, Medien Vorhaben und Projektberichte aus dem Spektrum der Arbeitslehre vorzustellen und in den Hessischen Bildungsserver einzustellen. Hier können Lehrkräfte und die interessierte Öffentlichkeit alle Ausgaben des Informationsdienstes einsehen und für die schulische Fachentwicklung oder die eigenen Unterrichtsgestaltung nutzen. Jeder Ausgabe des Informationsdienstes AWA widmet sich einem speziellen **Schwerpunktthema** (z.B. Berufswahl, Betriebspraktikum, Schülerbetriebe, Projekte, Neue Medien, Außerschulische Lernorte oder Konsum). Daneben gibt es die **Rubrik NEWS**. Eingestellt ist der Informationsdienst AWA im Hess. Bildungsserver unter: <http://lernen.bildung.hessen.de/arbeitslehre/awa>

Schnellsuchhinweise für die Internetrecherche:

Zunächst auf die Homepage des Landesbildungsserver gehen, dann in der oberen Menüzeile den Button

- 1) „Fächer“ anklicken,
- 2) anschließend bei der Sekundarstufenübersicht auf „Natur und Technik“ und
- 3) abschließend unter der Menüzeile auf „Bildungspläne“ gehen.

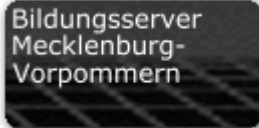
Hier finden sich die erwähnten Bildungspläne.

Positiv fällt bei der zusätzlichen Linkliste unter der Rubrik „Natur und Technik“ auf, dass hier vielfältige Informationen und Hinweise gegeben werden. Z.B. wird auf die Arbeitslehre bei den einzelnen Landesbildungsservern hingewiesen, es gibt Lehrerhilfen für die „Technik“, Verweise auf „Unterrichtsmaterialien“ und „Unterrichtsbeispiele“ erfolgen und Arbeitsmaterialien zur Technik, Arbeitslehre und Werken werden aufgeführt.

8. Mecklenburg-Vorpommern

URL der Ressource: <http://www.bildung-mv.de/>

Inhaltliche Angaben: Beschreibung:



Herausgeber des Bildungsservers ist das Landesinstitut für Schule und Ausbildung Mecklenburg-Vorpommern(L.I.S.A.). Das Online - Angebot umfasst aktuelle Informationen, Gesetze, Erlasse und Diskussionspapiere, Informationen zu Unterricht und Unterrichtsentwicklung, Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer, Internet-Projekte von Schulen, Diskussionen und Meinungen sowie Informationen über Initiativen des Landes für Schule und Unterricht. Im Archiv des Bildungsservers findet man Texte für die Schule, die Prüfungsaufgaben der letzten Jahre (teilweise mit Lösungsvorschlägen), vorbereitete Unterrichtsentwürfe, Veröffentlichungen aus dem Landesinstitut, Handreichungen und WWW-Adressen.

Angaben zum Lernfeld der Arbeitslehre

Mit dem Beginn des Schuljahres 2006/07 wurden die Haupt- und Realschulen in Mecklenburg - Vorpommern in „Regionale Schulen“ überführt.

Das Fach bzw. der Gegenstandsbereich „Arbeit - Wirtschaft - Technik und Informatik“ wird in 2stündiger Form ab der Klasse 5 angeboten.

Der Rahmenplan „AWT“ liegt in einer Erprobungsfassung seit 2002 für die Jahrgangsstufe 7 bis 10 vor. Er schreibt die verbindlichen Sach- und Handlungsbereiche für die einzelnen Jahrgangsstufen vor.

Schnellsuchhinweise für die Internetrecherche:

Zunächst auf die Homepage des Landesbildungsserver gehen, dann in dem linken Teil der Homepage den Button

- 1) „Landesinstitut für Schule und Ausbildung“ anklicken,
- 2) anschließend den Button „Rahmenpläne“ und
- 3) abschließend unter dem Gegenstandsbereich „AWT“ den Rahmenplan aufrufen.

Hier findet sich der erwähnte Rahmenplan, der 28 Seiten umfasst.

9. Niedersachsen

URL der Ressource: <http://www.nibis.de>

Gehört zu URL: <http://nibis.ni.schule.de/>



Der Niedersächsischen Bildungsserver (NiBiS) ist das Bildungsportal des Landes Niedersachsen. Zum Angebot gehören aktuelle Informationen über Themen der niedersächsischen Bildungslandschaft, Veranstaltungen und Wettbewerbe, ein Fernlern-Forum, Materialien und Unterrichtsbeispiele aus verschiedenen Fächern. Das Computer - Zentrum des NiLS unterstützt die niedersächsischen Schulen bei der Behandlung und dem Einsatz der Informations- und Kommunikationstechniken im Unterricht.

Inhaltliche Angaben: Beschreibung:**Angaben zum Lernfeld der Arbeitslehre**

In Niedersachsen werden sowohl in der Haupt- wie in der Realschule zunächst in den Klassen 5 und 6 die Fächer „Gestaltendes Werken“ und „Textiles Gestalten“ (jeweils 2-stündig und in Verbindung mit Kunst) angeboten.

Ab dem 7. Schuljahrgang kommt der Fachbereich Arbeit / Wirtschaft - Technik (mit den Fächern Wirtschaft, Technik und Hauswirtschaft) hinzu.

Der jeweilige Stundenumfang, einschließlich des Wahlpflichtunterrichts, in der jeweiligen Stundentafel zu entnehmen.

Schnellsuchhinweise für die Internetrecherche:

Zunächst auf die Homepage des Landesbildungsserver gehen, dann in der Mitte den Button

- 1) „CuVo“ (= Curriculare Vorgaben) anklicken,
- 2) anschließend im linken Bereich unter Themen „Fächer“ anklicken und
- 3) abschließend „AWT“ aufrufen.

Hier finden sich nähere Angaben zur „Technik“ wie zur „Wirtschaft“, wobei hier darauf hingewiesen wird, dass „viele Lehrerinnen und Lehrer in diesem Bereich noch fachfremd unterrichten“. Es werden verschiedene Lehrgänge angeboten, die in Zusammenarbeit mit Firmen (z.B. Bosch oder Siemens) durchgeführt werden, da „dies eine enge Verbindung zwischen Theorie und moderner betrieblicher Praxis“ ermöglicht.

10. Nordrhein-Westfalen

URL der Ressource: <http://www.learn-line.nrw.de/start.html>

Inhaltliche Angaben: Beschreibung:

Der nordrhein-westfälische Bildungsserver wird herausgegeben vom Landesinstitut für Schule (LfS). Es gibt Angebote für die Grundschule, die Sekundarstufe, die Berufliche Bildung, die Sonderpädagogik, die Lehrerbildung, die Lehrerfortbildung und die Erwachsenenbildung sowie eine Schuldatenbank, einen Veranstaltungskalender und eine Übersicht über Wettbewerbe und Akademien. Weitere Themen sind „Schule entwickeln“ und „Mit Medien lernen“. Die Arbeitsbereiche bestehen aus einzelnen Modulen mit unterschiedlichen Funktionen: Mediothek, Forum, Foyer, Werkstatt und Newsletter.

Angaben zum Lernfeld der Arbeitslehre

Einzig für die Gesamtschule gibt es noch den Kernlehrplan „Technik/Wirtschaft (Arbeitslehre)“ und den eigenständigen Plan „Textilgestaltung Gesamtschule Sek.I“.

Für die Hauptschule gibt publizierte Richtlinien (jeweils zwischen 7 bis 9 €) für Technik, Wirtschaft und Textilgestaltung.

Für die Realschule gibt es die Lehrpläne Textilgestaltung, Hauswirtschaft und die Richtlinien Technik.

Schnellsuchhinweise für die Internetrecherche:

Zunächst auf die Homepage des Landesbildungsserver gehen, dann in dem linken Teil der Homepage unter „1:1 Menü“ den Button

- 1) „Sekundarstufe“ anklicken,
- 2) anschließend den Button „Arbeitslehre/Technik“ und
- 3) abschließend unter dem Gegenstandsbereich „Quellen für Richtlinien und Lehrpläne für Schulen in NRW“ die Aufstellung der Kernlehrpläne ansehen. Diese Website bie-

tet einen Überblick über Quellen für Richtlinien und Lehrpläne für Schulen in NRW. Sie verweist auf entsprechende Seiten auf dem Bildungsportal, auf „learn:line“ und auf dem Server des Ritterbach Verlages. Es wird beschrieben, wie man beim Ritterbach Verlag kostenlos pdf-Fassungen von freigegebenen Richtlinien und Lehrplänen beziehen kann.

11. Rheinland-Pfalz

URL der Ressource: <http://bildung-rp.de>

Inhaltliche Angaben: Beschreibung:



Der rheinland-pfälzische Bildungsserver wird im Auftrag des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend betrieben. Er bietet Informationen für Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, Eltern und alle Bürgerinnen und Bürger des Landes. Themenfelder sind: Qualitätsmanagement-Initiative, Fort- und Weiterbildung, Unterricht / Lehrpläne / Beratung, Projekte, Schulen / Studienseminare, Materialien / Medien, Pädagogisch- Psychologische Einrichtungen, EPOS E-Mail-System für Schulleitungen, Aktuelles und Toplinks. Die Themen werden von pädagogischen Ergänzungseinrichtungen bearbeitet.

Angaben zum Lernfeld der Arbeitslehre

Das Fach Arbeitslehre wird in Rheinland-Pfalz in der Hauptschule angeboten, Überlegungen gibt es auch zur Arbeitslehre in der Regionalen Schule.

Es liegt ein sehr umfangreicher Lehrplan für die „Arbeitslehre für die Klassen 7 bis 9/10“ (177 Seiten) vor, der als PDF-Datei vom Landesbildungsserver heruntergeladen werden kann. Der Lehrplan gliedert sich in die Bereiche Technik, Haushalt und Wirtschaft. Hinzu kommen für die Kassenstufe 10 die Handlungsfelder Arbeitsmarkt, Lebensstil, Volkswirtschaft und Informationstechnik.

Zusätzlich gibt es eine Fülle von Projektvorschlägen für den „fächerübergreifenden und fächerverbindenden Unterricht“.

Hingewiesen sei darauf, dass auf dem Landesbildungsserver ein Link zur „Homepage von Arbeitslehre in Rheinland-Pfalz“ gesetzt ist, der einem zu einer Fülle von Informationen zur Arbeitslehre führt.

Schnellsuchhinweise für die Internetrecherche:

Zunächst auf die Homepage des Landesbildungsserver gehen, dann in dem linken Teil der Homepage den Button

- 1) „Unterrichtsfächer und -themen“ anklicken,
- 2) anschließend den Button „schulartspezifische Fächer und Themen“ und
- 3) abschließend unter „Arbeitslehre“ den Lehrplan aufrufen.

12. Saarland

URL der Ressource: <http://www.saarland.de/bildungsserver.htm>

Inhaltliche Angaben: Beschreibung:



Verantwortlich für den Bildungsserver des Saarlandes ist das Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft. Das Online-Angebot beinhaltet Pressemitteilungen und aktuelle Meldungen des Ministeriums, Veranstaltungstermine, Ansprechpartner sowie Informationen zu Bildungswegen, Schulrecht und Lehrplänen.

Angaben zum Lernfeld der Arbeitslehre

Das Saarland hat die allgemeinbildende Schule auf die Erweiterte Realschule, die Gesamtschule und das Gymnasium reduziert.

Die Arbeitslehre erscheint als eigenständiges Schulfach in der Erweiterten Realschule, in der Gesamtschule erscheint es unter den Gesellschaftswissenschaften. Im Gymnasium wird eigenständig die Wirtschaftskunde angeboten.

Schnellsuchhinweise für die Internetrecherche:

Zunächst auf die Homepage des Landesbildungsservers gehen, dann in dem linken Teil der Homepage den Button

- 1) „Erziehung und Unterricht“ anklicken,
- 2) anschließend den Button „Lehrpläne“ und
- 3) abschließend unter „Erweiterte Realschule“ den Plan aufrufen.

Hier findet sich der erwähnte Plan auf ca. 30 Seiten.

13. Sachsen

URL der Ressource: <http://www.sn.schule.de/>

Inhaltliche Angaben: Beschreibung:

Der Bildungsserver des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus ist ein Gemeinschaftsprojekt mit der Technischen Universität Dresden. Zum Online-Angebot gehören Informationen und Publikationen des Kultusministeriums, ein Überblick über das sächsische Schulsystem, der Lehrertreff mit Fortbildungsangeboten und Materialien für den Unterricht, die Datenbank „Bildungseinrichtungen in Sachsen“ sowie Schulporträts sächsischer Gymnasien und Mittelschulen.

Angaben zum Lernfeld der Arbeitslehre

In Sachsen gibt es keine eigenständige Haupt- oder Realschule, sondern die Mittelschule. Sie ist eine "differenzierte Schularart" der Sekundarstufe I. Sie integriert Hauptschul- und Realschulbildungsgang und umfasst die Klassenstufen 5 bis 9 bzw. 5 bis 10. An der Mittelschule können der Hauptschulabschluss, der qualifizierende Hauptschulabschluss und der Realschulabschluss als Zugangsvoraussetzungen für anschließende berufs- und studienqualifizierende Bildungsangebote erworben werden. Mit Beginn des Schuljahres 2003/2004 wurde der bisherige Profilunterricht der sächsischen Mittelschule durch ein neues Profilkonzept abgelöst. Kernstück ist das Fach „Wirtschaft- Technik-Haushalt/Soziales“ (WTH). Dieses Fach wird verbindlich für alle Mittelschüler ab Klasse 7 unterrichtet. In der Klasse 10 wird dieser Basis-kurs WTH durch eine „Vertiefung“ in den Bereichen Wirtschaft, Technik, Gesundheit und Soziales, Kunst oder dem abschlussbezogenen Fremdsprachenunterricht (falls dieser in den Jahren vorher als Neigungskurs gewählt wurde) abgelöst.

Schnellsuchhinweise für die Internetrecherche:

Zunächst auf die Homepage des Landesbildungsservers gehen, dann in dem linken Teil der Homepage den Button

- 1) „Lernen & Lehrern“ anklicken,
- 2) anschließend den Button „MS“ und
- 3) abschließend unter dem Gegenstandsbereich „WTH“ die Pläne aufrufen.

Hier findet sich der erwähnte Rahmenplan, der 28 Seiten umfasst.

14. Sachsen-Anhalt

URL der Ressource: <http://www.bildung-lsa.de/>



Der Landesbildungsserver Sachsen-Anhalt versteht sich als offizielle Plattform des Landes Sachsen-Anhalt für bildungsbezogene Information, Kommunikation, Kooperation und Präsentation. Er wird im Auftrage des Kultusministeriums vom Landesinstituts für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung von Sachsen-Anhalt betrieben. Es werden u.a. Materialien für den Unterricht bereitgestellt, aktuelle Informationen aus dem Bildungsbereich verbreitet, Diskussionsforen auf Landesebene ermöglicht sowie Modellversuche und Schulentwicklungsprojekte vorgestellt. Des Weiteren steht ein benutzerfreundliches Autorenwerkzeug zur Verfügung.

Inhaltliche Angaben: Beschreibung:

Angaben zum Lernfeld der Arbeitslehre

Als eigenständiges Fach taucht „Arbeitslehre“ in den Stundentafeln der einzelnen Schulformen nicht mehr auf. Dafür jedoch die Lernbereiche bzw. Fächer Hauswirtschaft (Lehrplan umfasst 59 Seiten), Technik (Lehrplan umfasst 110 Seiten) oder Wirtschaft/Wirtschaftslehre.

Schnellsuchhinweise für die Internetrecherche:

Zunächst auf die Homepage des Landesbildungsserver gehen, dann in dem mittleren Teil auf den Button

- 1) „Schulform“ anklicken,
- 2) anschließend den linken Button „Sekundarstufe I“ und
- 3) abschließend unter dem Gegenstandsbereich „Offizielles“ die Pläne aufrufen.

15. Schleswig-Holstein

URL der Ressource: <http://www.lernnetz-sh.de/>



Der Landesbildungsserver ist die Informations- und Kommunikationsplattform für Bildungsinteressierte in Schleswig-Holstein. Als aktuelle Abbildungsebene für Innovation in Schule und Bildung ist er der Knotenpunkt für die Nutzung elektronischer Medien und Wissensmanagement. Er hilft zur Vermittlung und Förderung von Medienkompetenz. Grundprinzip ist die Gestaltung von offenen Datenbanken, die vernetzt sind. Das Angebot ist untergliedert in: Information, Kommunikation, Projekte sowie Angebote für Schulen und öffentliche Bildungseinrichtungen.

Inhaltliche Angaben: Beschreibung:

Angaben zum Lernfeld der Arbeitslehre

Als eigenständiges Schulfach taucht die Arbeitslehre in der Sekundarstufe I nicht auf. Detaillierte Lehrpläne gibt es für die Haushaltslehre (42 Seiten), Technik (88 Seiten) und Textillehre (60 Seiten).

Die Lehrpläne stehen zum Download als PDF-Datei bereit.

Schnellsuchhinweise für die Internetrecherche:

Zunächst auf die Homepage des Landesbildungsserver gehen, dann in dem linken Teil der Homepage den Button

- 1) „Schule“ anklicken,
- 2) anschließend den Button „Schularten“ und
- 3) abschließend unter dem Gegenstandsbereich „Lehrpläne“ die Pläne aufrufen.

16. Thüringen

URL der Ressource: <http://www.thueringen.de/de/tkm/>



Verantwortlich für den Inhalt des Internet-Angebotes ist das Thüringer Kultusministerium. Themen sind: Thüringer Schulen in Zahlen und Adressen, Schule online, das Thüringer Schulwesen, Einsatz neuer Medien im Unterricht, Nachrichten und Informationen für Lehrer und Lehramtsanwärter sowie zu Schule und Ausbildung.

Inhaltliche Angaben: Beschreibung:

Angaben zum Lernfeld der Arbeitslehre

In Thüringen ist die Haupt- und Realschule in die „Regelschule“ integriert worden. Das Kultusministerium sagt hierzu: „Die Regelschule wird nach der Grundschule von der Mehrheit der Thüringer Schülerinnen und Schüler besucht, sie ist das Kernstück des Thüringer Schulwesens. Für den Übergang an die Regelschule ist ein spezieller Antrag der Eltern nicht notwendig. In den Klassenstufen 5 und 6 werden alle Schüler gemeinsam unterrichtet. Bei entsprechenden Leistungen ist auf Antrag der Eltern jeweils am Ende dieser beiden Klassenstufen der Übertritt an ein Gymnasium möglich. Ab Klassenstufe 7 bestimmt die Schulkonferenz (Vertreter der Eltern, Schüler und Lehrer), wie der Unterricht organisiert wird. So ist einerseits weiteres gemeinsames Lernen möglich, das zeitweise zur besonderen Förderung durch Trennung in Kurse ergänzt wird (integrative Organisationsform). Diese Organisationsform soll weiterentwickelt und gestärkt werden. Andererseits können die Regelschüler auch in Klassen unterrichtet werden, die jeweils auf den Erwerb des Haupt- bzw. des Realschulabschlusses ausgerichtet sind (additive Organisationsform). Regelschüler erwerben mit dem Erfüllen der Versetzungsbestimmungen am Ende der Klassenstufe 9 den Hauptschulabschluss. Er kann wahlweise auch mit einer zentralen Prüfung verbunden werden und heißt dann Qualifizierender Hauptschulabschluss. Der Realschulabschluss am Ende der Klassenstufe 10 ist immer mit einer zentralen Abschlussprüfung verbunden.“

Lehrpläne liegen nicht für die Arbeitslehre, dafür im Hinblick auf die Fächer Werken, Wirtschaft und Technik und Wirtschaft - Umwelt - Europa vor. Kostenpflichtig können auch Materialien zu diesen Themen „Berufswahlvorbereitung“, „Lernbereich Gesundheit“, „Berufspraxis erleben“, „Schülerfirmen“ oder „Erziehung zum Umgang mit Geld“ zwischen 4 bis 8 € angefordert werden.

Schnellsuchhinweise für die Internetrecherche:

Zunächst auf die Homepage des Landesbildungsserver gehen, dann in dem linken Teil /Leiste der Homepage den Button

- 1) „Schule“ anklicken,
- 2) anschließend den Button „Schulwesen“ und
- 3) abschließend unter dem Gegenstandsbereich „Lehrpläne“ weitere Hinweise.

Anmerkung:

Die allgemeinen Angaben über die Landesbildungsserver, die ULR und das jeweilige Serverlogo sind den Angaben auf dem „Deutschen Bildungsserver“ entnommen.

Weitere Hinweise zur Ausprägung der Arbeitslehre in den einzelnen Bundesländern bzw. zum Lernfeld / Lernbereich der Arbeitslehre sind dem Informationsdienst AWA (Arbeitslehre - Wirtschaft - Arbeitswelt) zu entnehmen. Die Redaktion von AWA liegt bei Dr. Wilfried Wulfers, eingestellt im Hess. Bildungsserver unter: <http://lernen.bildung.hessen.de/arbeitslehre/awa>

Neue Mitglieder u.a.

Die GATWU konnte an neuen Mitgliedern begrüßen:

- Herr Dr. Helmut Meschenmoser (Berlin)
- Frau Dr. Bettina Siecke (Gießen),
- Frau Petra Bobsin (Berlin)
- Herr Dr. Rüdiger Schnause (Kassel)
- Herr Clemens Stromeyer (Berlin)
- Herr Mitja Bleil (Berlin)
- Frau Nicole Wilknitz (Berlin)
- Herr Jördis Otte (Michendorf)
- Frau Britta Trams (Berlin)

17 Personen erklärten ihren Austritt: Herr Wolfgang Patrunke (Berlin), Frau Katarina Funcke (Bremen), Frau Elke Rabens (Bremen), Herr Gerhard Voigt (Bremen), Herr Klaus-P. Kochan (Berlin), Herr Klaus-D. Zoschke (Leer), Herr Bernd Rapp (Landau), Herr Wilfried Härtel (Kiel), Frau Ulrike Kahn (Berlin), Frau Hildegard Verlage (Berlin), Herr Dr. Uwe Jensen (Ritterhude) und Herr Uwe Melchior (Niederbreitbach), Herr Peter Gohl (Glinde), Hr. Hans-Joachim Eisert (Hüttlingen), Herr Rüdiger Krogmann (Schwielowsee), Herr Hardo Kroll (München), Herr Prof. Dr. Dietmar Kahsnitz (Frankfurt).

38 Mitglieder wurden aus unserer Mitgliederdatei gelöscht, da über zwei Jahr keine Mitgliederbeiträge gezahlt wurden oder nach einem Umzug die neue Adresse nicht mehr ermittelt werden konnte. Diese Personen wurden hier nicht aufgeführt.

Die Anzahl der GATWU-Mitglieder zum 26.12.2007: **227**.

Spenden für die GATWU

Die GATWU erhebt im Vergleich zu anderen Fachverbänden einen niedrigen Mitgliedsbeitrag. Eine Möglichkeit, ihr darüber hinaus finanzielle Mittel zukommen zu lassen, sind Spenden. Die GATWU wurde erstmalig vom Finanzamt Oldenburg/Old. am 25.3.1985 unter der Gem. L. Nr. I/229 und nach ihrem Umzug nach Berlin vom Finanzamt für Körperschaften (Nr. VPI 5227/666/54621) am 2.2.2006 weiterhin als gemeinnützig anerkannt, so dass Spenden steuermindernd geltend gemacht werden können. Wer von der Möglichkeit Gebrauch machen will, dem Fachverband Spendengeld zukommen zu lassen und zugleich das Finanzamt daran zu beteiligen, sollte sich mit der GATWU-Geschäftsführung, c/o Simone Knab, TU Berlin - Institut für Berufliche Bildung und Arbeitslehre, Franklinstr. 28/29, 10587 Berlin oder sknab@arbeitslehre.de in Verbindung setzen.

Reinhold Hoge

Mitgliederwerbung

Ein Fachverband ist umso einflussreicher je mehr Mitglieder er hat - möglichst natürlich aktive. Die GATWU hält seit vielen Jahren ihre Mitgliedergröße in etwa konstant. Die Eintritte pro Jahr machen in der Regel die Austritte wett. Die meisten Austritte geschehen bei Beendigung der Erwerbstätigkeit und bei beruflichen Veränderungen.

Wir freuen uns über jeden Neuzugang!

Ein Beitrittsformular findet sich auf der Umschlagrückseite dieses Heftes.

Reinhold Hoge

Neue Adresse? Neue Bankverbindung? Neue E-Mail-Anschrift?

Damit Sie alle Informationen von der GATWU möglichst reibungslos erhalten, teilen Sie uns bitte neue Adressen etc. mit. Sollten Sie mittlerweile über eine E-Mail-Adresse verfügen, mailen Sie mir diese bitte ebenfalls zu. Wer Mitteilungen, Anfragen und Anregungen für die GATWU hat, richte diese ebenfalls an die GATWU-Geschäftsführung, c/o Simone Knab, TU Berlin - Institut für Berufliche Bildung und Arbeitslehre, Franklinstr. 28/29, 10587 Berlin oder sknab@arbeitslehre.de in Verbindung setzen.

Landesverbände und Arbeitsgruppen

Berlin: Hinweis

Die „Gesellschaft für Arbeitslehre in Berlin“ als Landesverband der GATWU gibt kontinuierlich das umfangreiche Mitteilungsblatt „Arbeitslehre - Journal“ heraus. Aktuelle Hinweise zur Arbeit im Landesverband gibt Manfred Triebe, vgl. unter "Anschriften Vorstand und Bundesausschuss der GATWU" in diesem Heft.

Brandenburg: Hinweis

Aktuelle Hinweise zur Arbeit im Landesverband gibt Dr. Dieter Mette, vgl. unter "Anschriften Vorstand und Bundesausschuss der GATWU" in diesem Heft.

Bremen: Hinweis

Aktuelle Hinweise zur Arbeit im Landesverband gibt Wolfgang Hellborn, vgl. unter "Anschriften Vorstand und Bundesausschuss der GATWU" in diesem Heft.

Hamburg: Hinweis

Aktuelle Hinweise zur Arbeit im Landesverband gibt Albrecht Werner, vgl. unter "Anschriften Vorstand und Bundesausschuss der GATWU" in diesem Heft.

Hessen: Hinweis

Aktuelle Hinweise zur Arbeit im Landesverband gibt Dr. Gottfried Feig, vgl. unter "Anschriften Vorstand und Bundesausschuss der GATWU" in diesem Heft.

Rheinland-Pfalz: Hinweis

Aktuelle Hinweise zur Arbeit im Landesverband gibt Jörg Kreiter als Ansprechpartner der Gesellschaft für Arbeitslehre Rheinland-Pfalz, vgl. unter "Anschriften Vorstand und Bundesausschuss der GATWU" in diesem Heft.

AG Grundschule und Technik

Aktuelle Hinweise zur Arbeit der AG Grundschule und Technik gibt Prof. Dr. D. Plickat, vgl. unter "Anschriften Vorstand und Bundesausschuss der GATWU" in diesem Heft.

Aktuelle Informationen

Günter Reuel:

Schule auf Partnersuche

In der allgemein bildenden Schule arbeiten vorzugsweise drei Partner zusammen. Es sind dies die Lehrer, die Schüler und die Eltern. Hinzufügen sollte man allerdings, dass dies eine idealtypische Partnerschaft ist, die in der Realität manchmal hinter dem Ideal zurückbleibt. Das Lehrer-Schülerverhältnis ist nicht selten konfliktvoll, Lehrer und Eltern helfen sich nicht immer gegenseitig, wie das Partner normalerweise tun, ja, in vielen Fällen gehen sie sich aus dem Wege. Und schließlich ist das Verhältnis mancher Eltern zu ihren Kindern nicht unbedingt partnerschaftlich zu nennen.

Hier liegt eine gesellschaftliche Aufgabe vor, die enormer Anstrengungen bedarf, denn wäre die Partnerschaft dem Harmoniemodell ein Stück näher, wir hätten eine Schule in der Bildungsprozesse wesentlich effektiver verliefen.

Diese Aussage ist verhältnismäßig trivial, was schon daran erkennbar ist, dass ihr niemand widerspricht. Wir erwähnen sie eingangs, weil wir auf eine Umtriebigkeit der Schule zu sprechen kommen wollen, die darin besteht, alle möglichen weiteren Partner zu suchen. Dagegen kann man solange nichts einwenden, wie es sich um vernünftige, temporäre Partnerschaften handelt. Der freundliche Polizist, der den Grundschulern Verkehrssicherheit beibringt, der zahnärztliche Dienst, der um die gesunden Zähne besorgt ist, der Berufsberater, der Museumspädagoge, die diversen Sportvereine, die gerne den mickrigen Schulsport ergänzen würden usw.

Nun kommt aber ein Partner daher, der den respektablen Namen „Wirtschaft“ trägt. Es

gibt bereits eine Institution, die heißt „Partner:Schule-Wirtschaft“. Sie ist selbst nicht Partner, aber managt die erstrebte Partnerschaft. Bei genauerem Hinsehen verstehen die Akteure unter Wirtschaft schlichtweg Betriebe. Dies ist gewiss eine Verkürzung, denn das System Wirtschaft ist bekanntlich komplexer: Neben den Betrieben gibt es die Haushalte, denen jegliche Wirtschaftstätigkeit zu dienen hat. Es gibt Gewerkschaften, es gibt eine Wirtschaftswissenschaft, ferner sind Wirtschaftsredaktionen in den Medien nicht zu vergessen und dann unsere Politiker, einige davon speziell für das Ressort Wirtschaft zuständig.

Also unter Wirtschaft nur Betriebe zu subsumieren, ist nicht korrekt. Schon gar nicht, wenn Schüler in der Schule lernen, sie hätten jetzt einen Partner und das sei die Firma Schulze um die Ecke, d e r Repräsentant der Wirtschaft.

Wir kommen noch mal auf die Urpartnerschaft der Schule zurück: Lehrer, Schüler, Eltern. Alle Schüler s i n d Wirtschaftssubjekte insofern sie einem Privathaushalt angehören. Für Ökonomen sind Privathaushalte und Betriebe autonome „Wirtschaftssubjekte“. Das hängt mit der formalen Denkweise der Modellökonomie zusammen. Im Privathaushalt werden schwierige und oft falsche Entscheidungen wirtschaftlicher Art getroffen. Alle Eltern (oder viele von ihnen) sind Berufsträger mit Betriebserfahrungen. Gleichwohl wissen viele Schüler nicht genau, was ihre berufstätigen Eltern tun und wo sie es tun. Würde hier die Urpartnerschaft funktionieren, müssten alle Eltern auch mal über ihren Beruf in der Schule berichten und evtl. sogar ihre Arbeitsstätte zeigen. Da gibt es also einiges nachzuholen. Was es längst gibt – es muss nur ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt werden – sind die

Verdienste eines Partners und das ist der Lehrer für Arbeitslehre. Dieser sorgt seit vielen Jahren, lange bevor es eine Institution namens Partner:Schule-Wirtschaft gab, für wirtschaftliche Aufklärung der Schüler, oft unter mühsamer Hinzuziehung der Eltern. Dass der Arbeitslehre-Lehrer ebenfalls seit Jahrzehnten Betriebspraktikumsplätze für seine Schüler arbeitsaufwändig zusammen sucht, ist bekannt. In der modischen Terminologie gesprochen, verfügen viele Schüler über „wirtschaftliche Kompetenz“. Ein gewisser Zynismus besteht darin, dass Jugendliche bei Bewerbungen um knappe Ausbildungsplätze nach allem Möglichen gefragt werden, manchmal auch nach den Namen aller Bundespräsidenten. Nach dem was sie in der Arbeitslehre gelernt haben, werden sie fast nie gefragt.

Hier muss eine pädagogische Reflexion einblendet werden: Welche Möglichkeiten hat die Schule, einen Lebensausschnitt, der landläufig „Wirtschaft“ genannt wird, aufzuklären? Dass er der Aufklärung bedarf, wollen wir voraussetzen. Es zeichnen sich drei Ansätze ab:

1. Die Reduktion ökonomischer Theoriebildung auf das Verständnis der Schüler. Nachlesbar sind diese Versuche in zahllosen Lehrbüchern und so genannten „Planspielen“. Dabei werden oft Simplifizierungen in Kauf genommen, die an Falsch aussagen grenzen. Die ökonomische Wissenschaft selbst ist zudem höchst irrtumsanfällig. Kaum jemand registriert die kleingedruckten Dementis der großartig publizierten „Gutachten“ wirtschaftswissenschaftlicher Institute.
2. Nichtschulische Systeme werden gebeten, sich selbst darzustellen, das eigene Wirken zu interpretieren. Das *können* Betriebe sein, aber, wie oben schon angesprochen, zur Wirtschaft gehören noch weitere Akteure. Ganz wesentlich ist die Tatsache, dass wirtschaftliche Subsysteme niemals ideologiefrei auf einer pädagogischen Bühne auftreten. Das ist nichts Verwerfliches, nur bedarf es unbedingt der Instanz

Schule, deren unveräußerliche Aufgabe es ist, Ideologien zu enttarnen.

3. Die Schüler werden in eine Lernumgebung gestellt, wo sie selbst wirtschaften. Sie stellen etwas her, ein materielles Produkt oder eine Dienstleistung. Sie benötigen die drei Faktoren: Arbeit, Kapital, Boden, sie organisieren Arbeitsprozesse und sie erleben sich als Gestaltungskraft am Markt. Zwar sind Jugendliche außerhalb der Schule schon immer Konsumenten mit einer gesamtwirtschaftlich beachtlichen Potenz, aber der Rollenwechsel zum Produzenten eröffnet ganz neue Perspektiven (und ein verändertes Problembewusstsein).

Eine vorsichtige Bewertung dieser drei didaktischen Konzepte kommt zu folgendem Schluss: Das Belehrungsparadigma (Nummer 1) ist mäßig erfolgreich und oft ein Motivationskiller. Am ehesten kann es noch bei sprachgewandten Schülern reüssieren. Die teilweise Delegation staatlicher Aufgaben an Fremderzieher gilt als Authentizitätsgewinn (Fall 2), wirft aber Kontrollprobleme auf. Das Selbsttätigkeits-Paradigma (Fall 3) kann mit einer hohen Motivation der Schüler rechnen und birgt die Chance, echte Fragehorizonte (keine fremd induzierten) zu eröffnen.

Nun ist jedem Fachvertreter klar, dass kein dogmatischer Ansatz die Lösung sein kann. Alle drei der oben genannten sind integrierbar. Die Leitkultur allerdings vertritt der Selbsttätigkeitsansatz. Er bestimmt den Bedarf an Modellbildung und die Öffnungsklauseln für Interessengemeinschaften (Betriebe, Gewerkschaften, Politiker usw.) Der Primat der Schülerarbeit in Werkstätten kann nicht oft genug betont werden. Gerade in jüngster Zeit mussten wir mit ansehen, wie sich das Master-Slave-Verhältnis umkehrt: Die Werkstätten verweisen und eine „Wirtschaftskunde“ verselbständigt sich. Die Auslagerung der Schüler an „Lernorte“ mit Authentizitätsanspruch, aber ohne pädagogische Systematik und Kontinuität, ist angeblich eine weitere Alternative zum Arbeiten und Wirtschaften in eigener, in Schülerregie.

Günter Reuel:

Schülerfirmen auf dem Prüfstand

Simone Knab hat an der Technischen Universität Berlin, Institut für Berufliche Bildung und Arbeitslehre, eine Dissertation vorgelegt.

Schülerfirma Eine Lernform zur Verbesserung der Qualität schulischer Bildung – Ergebnisse einer empirischen Studie an Berliner Schulen

Gutachter: Prof. Dr. Wilfried Hendricks und Prof. Dr. Ernst Uhe.

Schülerfirmen machen in den letzten Jahren von sich reden und zwar in der Regel mit einer positiven Konnotation: Auf die Schule fällt ein Glanz von Lebenszugewandtheit, von ökonomischer Ertüchtigung. Da ist es an der Zeit, mit einer wissenschaftlichen Fragestellung zu untersuchen, was als Hoffnung und was als Resultat gelten kann.

Vermeintliche Innovationen hat die Schule in den letzten Jahrzehnten immer wieder erlebt: das Programmierete Lernen, die Sprachlabore und natürlich den Computereinsatz. Einige sind stillschweigend zu den Akten gelegt worden, andere befinden sich auf dem Rückzug. Dass die Schule modernisiert zu werden verdient, ist offenkundig. Die Versuche, Lesen, Schreiben, Rechnen effektiver zu lehren, sind momentan ebenso hektisch wie hilflos. Die ziemlich einfaltslose Generalstrategie heißt: testen und noch mal testen.

Wenn also ein Phänomen namens Schülerfirmen auftaucht, ist das Forschungsinteresse gerechtfertigt. Bloße Lobpreisungen führen nicht weiter.

Der Titel der Arbeit von Simone Knab ist bereits ein Präjudiz: Schülerfirmen sind eine Lernform zur „Verbesserung der Qualität schulischer Bildung“. Ein Fragezeichen hätte die Spannung erhöht.

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf einer Bestandsaufnahme dessen, was in Berliner Schulen derzeit unter der Bezeichnung „Schülerfirma“ existiert. Jeder Insider weiß um die immensen Schwierigkeiten, die Wirklichkeit des Schulgeschehens offen zu legen. An amtlichen Zahlenreihen besteht wahrhaftig kein Mangel, kaum eine bleibt unwidersprochen. Jüngstes Beispiel ist der Lehrermangel, genauer: dessen Größenordnung.

Simone Knab musste für ihre Befragung die Zustimmung der Schulen erbitten, diese wiederum muss die Schulbehörde absegnen (die Schulautonomie darf nicht übertrieben werden).

Die Konstruktion von Fragebögen ist eine subtile Aufgabe. Diese müssen der Wahrheitsfindung nahe kommen, dürfen nicht zu lang sein und müssen die Befragten geneigt stimmen. Simone Knab hat das alles im Vorfeld kompetent gelöst. (Da der Kompetenzbegriff in der gesamten Arbeit eine prominente Rolle spielt, muss das mal gesagt werden) Der Rücklauf von Fragebögen ist kein Automatismus, da heißt es nachhaken, Erinnerungen sind notwendig. An welcher Schule überhaupt eine Schülerfirma existiert, kann man nicht im Telefonbuch nachlesen. Man muss, wie Simone Knab, über vierhundert Berliner Schulen anrufen, um zu erfahren, dass 82 eine Schülerfirma haben.

Bevor wir die Ergebnisse der Befragung vorstellen und ansatzweise interpretieren, sollen die Vorüberlegungen von Simone Knab zum Phänomen Schülerfirma betrachtet werden: Die Autorin hat sich intensiv mit der Frage beschäftigt, wie eine **Öffnung** von Schule erreicht werden könne. Sie hat einen Abriss **historischer Entwicklungen** vorgelegt, die zur Legitimation von Schülerfirmen herangezogen werden können. Hier ist vor allem die Arbeitsschulbewegung im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts zu nennen. Wir finden außerdem einen guten Überblick der zahlreichen zeitgenössischen Initiativen, die allesamt um die **Ausbildungs- und Berufswahlreife** Jugendlicher bemüht sind, und sie hat **Klärungsversuche an einem Begriffsapparat** vorgenommen, der im Kontext von

„Schülerfirmen“ ständig bemüht wird: *Handlungsorientierung, Projekt, Kompetenzen, Schlüsselqualifikationen*, um nur einige Begriffe zu nennen. Dankenswerterweise werden an einer Stelle sehr übersichtlich die oft vernachlässigten **rechtlichen Rahmenbedingungen** einer Schülerfirma genannt.

Auffällig ist die selbst auferlegte durchgängig zu beobachtende Wertneutralität der Berichterstattung. Anders als in den Naturwissenschaften gibt es keine objektive Wahrheit gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse. Es gibt nur eine diskursive Verständigung also auch über das Bildungssystem. Alle Aussagen über das Bildungssystem können auch anders lauten und deshalb besteht die wissenschaftliche Freiheit, solche Aussagen zu artikulieren und argumentativ abzustützen. Simone Knab hat eine Vielzahl von Prämissen aufgenommen, diese korrekt zitiert und kenntlich gemacht – Ideologiekritik hat sie sich verboten.

Simone Knab hat Schulgeschichte nachgezeichnet. Sie hat COMENIUS, den letzten Bischof der Böhmisches Brüder zitiert, der hellichtig wie kein anderer eine Schule gefordert hat, die wir bis heute nicht haben. Sie hat KERCHENSTEINERS überzeugendes Konzept geschildert und weitere Reformer genannt. Die Frage war nahe liegend, warum das alles singuläre Erscheinungen geblieben sind. Die verkürzte Antwort lautet, weil das philologisch-gymnasiale Prinzip unangetastet ist. Gemessen an dem Konzept der Arbeitsschule großer Pädagogen sind Schülerfirmen Schnörkel am Schulgebäude.

Staunend erfährt der Leser, wie viele „Maßnahmen“ es bundesweit gibt, die die „Eigen-Initiative“, die „Eigen-Verantwortung“, fördern wollen. Die „Eigen“-Rhetorik“ verdunkelt einen wichtigen Tatbestand: Wo „Eigen“ ist, da ist auch ein Gegenüber. Zum Beispiel die Betriebe, von denen die Mehrheit nicht bereit ist, junge Menschen auszubilden. Dann ist da noch der Staat, der es bis heute für unerlässlich hält, Jugendliche in Haupt- und Sonderschulen auszusortieren.

Solche Umstände schaffen Probleme. Man kann sie von Seiten der Macht angehen, man kann sie aber auch dem Schwächsten als „Eigenaufgabe“ verordnen. Simone Knab hat keinen Zweifel daran gelassen, dass es die unveräußerliche Aufgabe der Schule ist, Wissen und Charaktereigenschaften zu fördern (siehe: diverse Kompetenzen). Sie hätte legitimer Weise fragen können, ob die Berufswahlnot individualistisch oder institutionell verursacht ist.

Den verdienstvollen Versuch, den Begriffsrealismus im Umfeld von Schülerfirmen zu klären, haben wir schon erwähnt. Sieht man einmal von dem schwammigen Begriff der „Schlüsselqualifikationen“ ab, den MERTENS noch vor seinem Tode als wenig operationalisierbar bezeichnet hat, bleibt es weitgehender Konsens, dass in Schülerfirmen basale Arbeitstugenden eingeübt werden können: Zuverlässigkeit, Ordnung, Zusammenarbeit – auch so etwas wie ein kaufmännisches Ethos. Mit diesem gäbe es keine Gammelfleischskandale. Ziemlich unklar bleibt, welche fachlich-instrumentellen Fähigkeiten und Fertigkeiten erworben werden können. Simone Knab warnt vor Dilettantismus und „Bastelarbeiten“ in Schülerfirmen. Tatsächlich vorhandene Niveaus ließen sich nur durch teilnehmende Beobachtung verifizieren. Der Rezensent ist sich nicht sicher, ob eine Schülerfirma umstandslos auch als Projekt bezeichnet werden kann. Zentrales Kriterium eines Projekts ist die finale Orientierung. Ein Endergebnis aller vorausgegangenen Planungen Versuche und Korrekturen steht zur Diskussion. Gewiss hat auch eine Schülerfirma eine Ergebnisorientierung, etwa die saubere Wäsche, das reparierte Fahrrad oder die Frühstückstheke. Wahrscheinlich sind aber hier zuvor erworbene Routinen maßgebend und das Ergebnis eher Tagesform abhängig.

Kommen wir zur Empirie, zu dem also, was Simone Knab mit viel Mühe ans Tageslicht der Berliner Schule gefördert hat. Von den 82 Schulen mit Schülerfirmen sind 72 Prozent Haupt oder Sonderschulen (mit dem Förderschwerpunkt Lernen). 64 Schulen ha-

ben den Fragebogen beantwortet. Insgesamt existieren an den 64 Schulen 121 Schülerfirmen, was eine Mehrfachgründung von Schülerfirmen an einigen Schulen zeigt. De facto gibt es sogar 157 Schülerfirmen, 36 Schülerfirmen konnten wegen fehlender Angaben nicht in der Untersuchung berücksichtigt werden.

146 in Schülerfirmen arbeitende Lehrer gaben Auskunft über ihre formale Qualifizierung (erste und zweite Staatsprüfung). Interessant ist das Ergebnis, wonach über 100 der 121 Schülerfirmen im Rahmen des Pflichtunterrichts agieren. 16 sind im Wahlpflichtunterricht platziert und der Rest in Arbeitsgemeinschaften. 84 Prozent der den Pflichtunterricht absorbierenden Schülerfirmen speisen sich aus dem Stundenansatz der Arbeitslehre! In den Jahrgangsstufen 9 und 10 nimmt die Mitarbeit in Schülerfirmen deutlich zu. Einige Schülerfirmen haben Mitarbeiter aus verschiedenen Jahrgängen. Das am häufigsten genannte Gründungsmotiv für eine Schülerfirma ist die Berufsorientierung.

Die „Branchenstruktur“ der Schülerfirmen sieht so aus, dass 56 Prozent mit Pausenimbiss und/oder Cateringservice beschäftigt sind. 13 Prozent arbeiten mit Holzwerkstoffen und jeweils 10 Prozent führen Werbemaßnahmen bzw. Fotoarbeiten durch. 17 weitere Branchen werden genannt, Skiverleih und Kunstausstellungen sind Unikate.

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass rund 90 Prozent der Schülerfirmen Lehrer und Schüler als Kundenklientel nennen. 52 Prozent rechnen auch Eltern zu den Kunden. 70 Prozent der Schülerfirmen geben an, „Gewinne“ zu machen. 30 Prozent machen keine Gewinne.

Über die Rechtsform der Schülerfirma haben sich an Regelschulen 46 Prozent keine Gedanken gemacht, an Sonderschulen gar 83 Prozent.

Es ist hier nicht der Ort die rund hundert Auswertungstabellen von Simone Knab zu referieren. Wir haben einige Schlaglichter auf das Material geworfen. Detaillierte Aus-

künfte in großer Vielfalt liegen als Ergebnis der Befragung vor: über den Lehrereinsatz, die Geschlechterverteilung (der Lehrer in Schülerfirmen), über Raumausstattung, Kooperationspartner, Desiderata in Bezug auf Ressourcen, Zufriedenheit der Lehrer, Einschätzung des Kompetenzerwerbs im Rahmen von Schülerfirmen und mehr!

Simone Knab hat ein Kapitel aufgeschlagen, das weiter geschrieben werden sollte. Was wir erfahren, sind subjektive Einschätzungen von Lehrern, die sich der Schülerfirmenarbeit angenommen haben. Simone Knab nennt Forschungsdesiderata wie die Befragung der Schüler! Sie denkt zudem an eine Paneluntersuchung, die den Lebensweg Schülerfirmen erfahrener Jugendlicher verfolgt. Eine Nummer kleiner wäre bereits aufschlussreich: Bekommen mehr Schüler mit Schülerfirmen-Erfahrung einen Ausbildungsplatz als solche ohne diese?

Weitere Fragen drängen sich auf: Sind Schülerfirmen etwas für „Niedrigqualifizierte“? Fast 50 Prozent der Sonderschulen haben Schülerfirmen, gerade 4 Prozent der Gymnasien. Berufsorientierung benötigen alle Jugendlichen. Oder? Simone Knab hat die Befürchtung ausgesprochen: Wird das Fach Arbeitslehre, das in Projekten mit praktischer Werkstattarbeit eine große Bandbreite von Sachgebieten abdeckt, durch Schülerfirmen ersetzt? Andererseits erföhre das traditionell Arbeitslehre freie Gymnasium durch Schülerfirmen einen Modernisierungsschub.

Der Rezensent schließt mit der Empfehlung, die Arbeit von Simone Knab zur Pflichtlektüre für alle Arbeitslehre-Lehrer zu erklären – und für die Schulverwaltung.

Im nächsten Heft des **Arbeitslehre Journals Berlin** erscheint ein Beitrag von Knab/ Reuel, der sich mit der Zukunft der Schülerfirmen und deren Verhältnis zur Arbeitslehre befasst. Alle unsere Leser sind aufgefordert, sich an der Diskussion um Schülerfirmen zu beteiligen. Wir freuen uns auch über den kleinsten Beitrag

Wasserkrise schlimmer als Krieg

Defizite in der Wasser- und Sanitärversorgung verursachen in Afrika volkswirtschaftliche Kosten von über 28 Milliarden US-Dollar im Jahr – mehr als der Kontinent 2003 an Entwicklungshilfe erhalten hat. Wenn ab sofort genug investiert würde, damit Afrika bis 2015 das Ziel erreicht, den Anteil der Menschen ohne Zugang zu sauberem Wasser zu halbieren, dann würden diese Verluste auf etwa 13 Milliarden Dollar jährlich reduziert. Zu diesem Ergebnis kommt der diesjährige Human Development Report zum Thema Wasser, den das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) Anfang November vorgelegt hat. Die zentrale Botschaft des Berichts lautet: Probleme der Wasserversorgung sind meistens nicht mangelnder Verfügbarkeit geschuldet, sondern ungerechter Verteilung.

Laut UNDP haben gut eine Milliarde Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser, 2,6 Milliarden – die Hälfte der Bevölkerung aller Entwicklungsländer – leben ohne grundlegende Sanitärversorgung. Jeden Tag sterben 4900 Kinder weltweit an Durchfallerkrankungen, 443 Millionen Schultage gehen jährlich durch Krankheiten verloren, die dem Mangel an sauberem Wasser und Sanitäreinrichtungen geschuldet sind. Kein Terrorakt, kein Krieg wirke so verheerend wie die Krise in der Wasser- und Sanitärversorgung, heißt es in dem Bericht. Doch die reiche Welt nehme fast keine Notiz davon.

Der Bericht zeigt, dass die Wasserkrise vor allem die Armen trifft. Wasserpreise „spiegeln ein einfaches, widersinniges Prinzip wider: Je ärmer man ist, umso mehr muss man zahlen.“ In Großbritannien gelte es als Härtefall, wenn die Ausgaben für Wasser drei Prozent des Haushaltsbudgets überschreiten. In Mexiko hingegen haben bei den ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung die Ausgaben für Wasser einen Anteil von sechs Prozent, in El Salvador und Jamaika von über zehn Prozent.

Viele Arme in Entwicklungsländern müssen laut UNDP sogar höhere Wasserpreise zahlen als die Einwohner von Städten in Industrieländern: In den Elendsvierteln von Accra oder Manila kostet der Kubikmeter Wasser mehr als dreimal soviel wie in New York (siehe Grafik). Der häufigste Grund für diese Kluft ist, dass die Armen nicht an (öffentliche) Versorgungsnetze angeschlossen sind, sondern ihr Wasser bei informellen Händlern kaufen müssen. Der Zugang zu sauberem Wasser müsse „ernsthaft“ zu einem Menschenrecht erhoben werden, fordert der Bericht. 20 Liter mindestens müsse jeder Mensch täglich zur Verfügung haben.

Die Debatte um die Beteiligung privater Anbieter an der Wasserversorgung hat nach Ansicht des UNDP kaum neue Erkenntnisse gebracht. Teilweise sei die Diskussion „erstaunlich realitätsfern“ gewesen, denn private Unternehmen spielten in der Wasserversorgung bis heute nur eine Nebenrolle, vor allem in Entwicklungsländern. Der Bericht plädiert dafür, die Frage weniger ideologisch zu diskutieren. Entscheidend für eine funktionierende und gerechte Wasserversorgung sei eine effektive politische Regulierung. Wichtig sei nicht, „ob der Versorgungsträger sich in öffentlicher oder privater Hand befin-

det, sondern ob er etwas für die Armen leistet oder nicht“.

Ell in E+Z, Jg. 47/2006, S. 447

Manfred Triebe

Berufswahlpass - Ersatz für Arbeitslehre?

Klagen über die fehlende Ausbildungsreife jugendlicher Schulabgänger/innen werden seit Jahren zu passenden und unpassenden Gelegenheiten von interessierte Seite immer dann geäußert, wenn auf das Problem fehlender Ausbildungsplätze hingewiesen wird. Es wird behauptet, die Schule bereite die jungen Menschen nur mangelhaft auf das Berufsleben vor. Dies mag in Einzelfällen zutreffend sein. Nun gibt es in der SEK I an den Berliner Haupt-, Real- und Gesamtschulen seit fast 40 Jahren ein Fach, das speziell auf die Vorbereitung für die Berufs- und Arbeitswelt zugeschnitten ist. Das Fach heißt Arbeitslehre.

Das neue Schulgesetz hat für die Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf die Berufs- und Arbeitswelt sogar einen rechtlichen Rahmen geschaffen. In § 4 Abs. 7 heißt es: „*Die allgemein bildende Schule führt in die Arbeits- und Berufswelt ein und trägt in Zusammenarbeit mit den anderen Stellen zur Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf Berufswahl und Berufsausübung sowie auf die Arbeit in der Familie und in anderen sozialen Zusammenhängen bei.*“

Realisiert wird diese gesetzliche Verpflichtung seit Jahrzehnten im Fach Arbeitslehre. Der aktuelle Rahmenlehrplan (RLP) konkretisiert dies. Als Aufgabe des Faches nennt er

- technische Grundbildung
- ökonomische Grundbildung
- begründete Wahl eines Ausbildungs- oder anderen weiterführenden Bildungsweges
- angemessene Bewältigung der eigenen Lebensführung.

Als einen der Kernbereiche des Faches beschreibt der Rahmenlehrplan u.a. die *Ausbildungs- und Bildungswegorientierung*, verkürzt oft Berufsorientierung genannt. Berufsorientierung ist auch eine von insgesamt 12 Dimensionen, die bei jeder Projektarbeit in Arbeitslehre zu berücksichtigen sind. Daraus folgt einerseits, dass Arbeitslehre weit mehr als Berufsorientierung ist und andererseits, dass die Ausbildungs- und Bildungswegorientierung nicht ohne Schaden aus der Arbeitslehre herausgelöst werden kann.

Soweit die Theorie. Die Praxis in der SEK I der Berliner Gesamt- und Realschulen sieht inzwischen leider etwas anders aus. Durch eine politische Entscheidung der Senatsverwaltung wurden mit Wirkung vom 1. Jan. 2007 neue Stundentafeln in Kraft gesetzt. Sie sehen z.B. für die Gesamtschulen in allen Jahrgängen insgesamt nur noch eine Stunde Arbeitslehre im 9. Jahrgang vor (bisher je 2 Stunden in 9 und 10). Begründet wurde diese Entscheidung mit der Einführung des Faches Ethik seit dem Schuljahr 2006/2007 und der Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges auf 12 Jahre. In der Konsequenz bedeutet die radikale Kürzung der Arbeitslehrestunden, dass die Vorgaben des Schulgesetzes und des Rahmenlehrplanes nicht mehr eingehalten werden können. Praktisch bedeutet es, dass ca. 50 000 Berliner Gesamtschüler künftig kaum noch qualifiziert auf ihre Berufswahl vorbereitet werden.

Ist Rettung in Sicht? Seit Jahren geistert ein DIN-A-4-Ringordner durch Berliner Haupt-, Real- und Gesamtschulen, der sich **Berufswahlpass** nennt. Der für Gesamtschulen zuständige Mitarbeiter in der Senatsverwaltung bezeichnet diesen Ordner neuerdings als „*das neue Steuerungsinstrument für die Berufsorientierung*“. Womit behauptet wird, dass die „Berufsorientierung“ aus der Arbeitslehre herausgelöst werden, vielleicht sogar die Arbeitslehre ersetzen kann, denn in den umfangreichen Papieren und Beschreibungen des Berufswahlpasses taucht das Fach Arbeitslehre überhaupt nicht mehr auf. Tatsächlich ist es ja durch die Stundentafelkürzung mindestens an den Gesamtschulen

zu einer zu vernachlässigenden Größe geschrumpft worden. Wie soll ein Steuerungsinstrument eingesetzt werden, wenn es dafür kein Fach mehr gibt?

Der für den Berufswahlpass in der Senatsverwaltung zuständige Mitarbeiter weiß auch hier eine Lösung! Er gliedert wie oben gesagt die „Berufsorientierung“ aus der Arbeitslehre aus und erklärt sie mit Verweis auf das Schulgesetz zu einer Querschnittsaufgabe der gesamten Schule. Dabei beruft er sich auf § 12 Schulgesetz. Als weiteren Beleg für diese Behauptung verortet er sie auch in anderen Fächern der Berliner Schule, bleibt dafür allerdings den Beweis schuldig. In § 12 des Berliner Schulgesetzes findet sich auch keine Querschnittsaufgabe „Berufsorientierung“.

Was ist der Berufswahlpass?

Der Berufswahlpass ist eine zunächst leere DIN-A-4-Ringbuchmappe mit einer systematischen Gliederung. Er ist mit Registerblättern bestückt, die seinen Inhalt in 4 Bereiche teilen:

- Information (Angebote zur Berufsorientierung)
- Mein Weg zur Berufswahl
- Dokumentation des eigenen Bildungsganges
- Kopiervorlagen

Die Schülerinnen und Schüler sollen in diesem Ordner all ihre Aktivitäten im Zusammenhang mit der Vorbereitung ihrer Berufswahl dokumentieren.

Der Ringbuchordner Berufswahlpass kostet je Schüler/in 3,90 €

Mit dem Wort Pass verbindet man normalerweise ein Dokument, welches sowohl als Ausweis (Identitätskarte) dient, aber auch zum Einreisen in andere Länder berechtigt.

Berechtigt der Berufswahlpass zur Aufnahme einer Berufsausbildung oder gar zu einem Ausbildungsplatz?

Der Berufswahlpass berechtigt zu nichts. Er bewirkt im Gegensatz zu einem echten Pass

keinen durchsetzbaren Anspruch auf irgendetwas, schon gar nicht auf einen Ausbildungsplatz.

Was soll der Berufswahlpass bewirken?

Der Hamburger Erfinder des Berufswahlpasses, Dr. Alfred Lumpe, beschreibt den Berufswahlpass vorsichtig als „*Arbeitsmittel zur beruflichen Orientierung für Schülerinnen, Schüler, Eltern, Berufsberatung und Betriebe*“. Lehrer/innen kommen in dieser Aufzählung merkwürdigerweise nicht vor. In der Berliner Version wird der Berufswahlpass dagegen euphorisch als „*innovatives Instrument, das alle schulischen Aktivitäten zur beruflichen Orientierung der Klassenstufen 7, 8 oder 9 bündelt und steuert*“ verkauft. Die Verfechter des Instrumentes berufen sich merkwürdigerweise auf § 12 Abs. 4 des Berliner Schulegesetzes. Wer diesen Absatz sorgfältig liest, wird kein einziges Wort über Berufsorientierung finden. Konkret sagt dieser Absatz nur, dass es neben den regulären Unterrichtsfächern, die in Studententafeln konkretisiert werden, nicht konkret beschriebene Aufgabengebiete gibt (genannt werden im Schulgesetz u.a. Menschenrechts- und Friedenserziehung, Suchtprävention, Sexualerziehung), deren Umsetzung allerdings völlig offen bleibt.

Kann der Berufswahlpass Arbeitslehre ersetzen?

Die Antwort heißt ganz klar: Nein, das kann er nicht. Wer einen Blick in den Rahmenlehrplan wirft, erkennt schnell, dass Arbeitslehre weit mehr ist als ein aufwändig gestalteter DIN-A-4-Ringordner. Als Kernbereiche werden neben der Ausbildungs- und Bildungswegorientierung *Haushalt und Konsum, Unternehmen/Dienstleistung und Produktion* genannt. Weiter liest man: „*Die Schülerinnen und Schüler werden durch eigene praktische Arbeit in vielfältigen Bereichen der Schule (technische Werkstätten, Lehrküchen, Computerräume) und außerhalb dieser (...) auf Arbeit im Erwerbsleben und im Haushalt vorbereitet. Bei der praktischen Arbeit ... erwerben die Lernenden*

vielfältige Kompetenzen.“ Mit praktischer Arbeit hat der Berufswahlpass allerdings nichts zu tun.

Die Verfechter des Berufswahlpasses berufen sich erstaunlicherweise nicht auf § 4 Abs. 7 der Schulgesetzes, der die Vorbereitung auf die Berufswahl und die Einführung in die Berufs- und Arbeitswelt ausdrücklich benennt und damit einen Bereich beschreibt, der in den Rahmenlehrplänen **ausschließlich im Fach Arbeitslehre konkretisiert wird.**

Dies erstaunt wiederum nicht, weil die Verfechter des Berufswahlpasses schon das Wort Arbeitslehre meiden wie der Teufel das Weihwasser.

Den Berufswahlpass nun euphorisch als *neues Steuerungsinstrument* zu bezeichnen, der die durch die Stundentafelkürzung von Arbeitslehre gerissene Lücke schließen kann, muss deshalb als absolute Ignoranz gegenüber der schulischen Realität bezeichnet werden. Ein Steuerungsinstrument, welches keinem Unterrichtsfach zugeordnet ist, wird sich als leere Hülse erweisen. Es ignoriert die in der Ausbildung und in vielen Jahren der Berufstätigkeit erworbene Kompetenz der für das Fach Arbeitslehre ausgebildeten Fachlehrer/innen. Die im Rahmenlehrplan für eine erfolgreiche Berufswahl geforderten Kompetenzen kann er nicht vermitteln.

Dem bei der Senatsschulverwaltung für die Berufsorientierung zuständigen Mitarbeiter (seltsamer Weise ist dies nicht die Fachaufsicht Arbeitslehre) muss zudem bestätigt werden, dass er sich nicht die Mühe gemacht hat, den neuen Rahmenlehrplan Arbeitslehre zu lesen – sonst hätte es ihm sicherlich auffallen müssen, dass Arbeitslehre *m e h r* ist als nur Berufswegorientierung.

Autorenkollektiv der Kurt-Löwenstein-Schule Berlin:

Zusammenarbeit der Kurt-Löwenstein-Schule mit dem Lokalen Beruflichen Orientierungszentrum (LBO)

Wir haben in Zusammenarbeit mit unserem Kooperationspartner eine eigene Berufswahlmappe erarbeitet. Diese sieht Material für alle vier Jahrgänge vor und ist so gestaltet, dass die Lehrer die Möglichkeit haben, aus der Materialsammlung das für sie Interessante auszusuchen. Das Material steht als CD zur Verfügung und wird vom gesamten Kollegium getragen.

Unsere Kritik an dem Berufswahlpass lässt sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

- Er ist für Hauptschüler, namentlich für solche mit Migrationshintergrund, ungeeignet.
- Es wird anstelle einer geduldigen Bemühens um Selbsteinschätzung sogleich eine Bewertung der eigenen Biografie verlangt.
- Der Berufswahlpass geht von ausbildungsfähigen Schülern aus, unsere Schüler sind das in der Regel nicht.
- Die Idealvorstellung des Berufswahlpasses ist der zur selbständigen Dokumentation fähige Schüler – unsere Schüler sind dazu nur eingeschränkt imstande.
- Der Berufswahlpass ist eine bundesweite Initiative und kann deshalb auf schulspezifische Probleme nicht reagieren. Wünsche des Job-Centers und der Arbeitsagentur in Berlin-Neukölln werden durch den Berufswahlpass nicht unbedingt abgebildet.
- Die den Berufswahlpass einsetzenden Lehrer sind auf eine Schulung angewiesen, denn dieser ist nicht selbsterklärend, sondern bedarf eines individualisierten Zuschnitts auf den einzelnen Schüler

Zu dem Berufswahlpass im Allgemeinen möchten wir folgendes anmerken:

Die Senatsschulverwaltung und als deren langer Arm P:S-W versuchen mit aller Macht, den Berufswahlpass in die Schulen „hineinzudrücken“. Da aber nicht gleich alle Schulen auf den Zug aufsprangen, wurde der Berufswahlpass zu einer „Eingangs- oder Mitmachvoraussetzung“ gemacht. So heißt es dazu:

„Der Berufswahlpass wird von Schulen eingesetzt, die ihre Schülerinnen und Schüler in vorbildlicher Weise auf das Berufs- und Arbeitsleben vorbereiten. Diese Schulen verfügen über das Zertifikat „Schule mit Berufswahlpass“.

Diese Aussage bedeutet im Umkehrschluss, dass alle anderen Schulen nicht vorbildlich arbeiten.

Diese Anmaßung finden wir ärgerlich, zeigt sie doch, dass Partner:Schule-Wirtschaft und dessen Förderer (Bund, EU, Senat) im Rahmen des Programms Schule/Wirtschaft/Arbeitsleben solche Töne anschlagen können, ohne mit einem einzigen Wort die jahrelange, mühevollen Unterrichtsarbeit im Fach Arbeitslehre zu würdigen.

Kurz vor den Sommerferien wurden die Hauptschulen angeschrieben und aufgefordert, an einem Programm „vertiefte Berufsorientierung“ teilzunehmen. Dieses Programm wird mit Hilfe von Geldern der EU und Mitteln der Agentur für Arbeit in beträchtlicher Höhe finanziert. Das ganze Programm ist aus unserer Sicht schlecht vorbereitet und bis März 2008 befristet. Interessant ist, dass gleich ein Partner, nämlich der TÜV-Rheinland-Pfalz, mitgeliefert wird, der seine Dienste bei der Realisierung anbietet. Auch hier ist der Berufswahlpass die Eintrittskarte für das Programm und die Bestellung desselben wird erwartet (immerhin zu einem Freundschaftspreis von 3,90 € pro Stück).

Auf keinen Fall ist der Berufswahlpass der Ersatz für ein Unterrichtsfach. Er könnte ein

Hilfsmittel im Fach Arbeitslehre sein, denn dort unterrichten Experten, die sich nicht erst seit gestern und zwar ausgesprochen „vertieft“ mit der Berufswahl beschäftigen. Wenn es beabsichtigt ist, alle Lehrer der Schule für die berufliche Zukunft der Jugendlichen in die Pflicht zu nehmen, ist dagegen nichts einzuwenden. Allerdings geht das nur mit einer Koordinierungsstelle und die heißt: **Fachbereich Arbeitslehre**.

Hans Boerner

Fragen zum Einsatz des Berufswahlpasses

Im Rahmen einer Lehrerfortbildung im Haus der Wirtschaft wurde der Verfasser vor mehr als fünf Jahren auf die Intentionen und Details des Berufswahlpasses vorbereitet. Die Idee erschien überzeugend: Nicht erst in der 9. Klasse sondern bereits in Klasse 7 sollte mit Berufsorientierung begonnen werden.

Der Einsatz des Mediums Berufswahlpass wirft für die Gesamtschule organisatorische Fragen auf:

Wo werden die Hefter aufbewahrt, wenn nicht im Unterricht mit ihnen gearbeitet wird? Im Klassenschrank? Dann wäre zwar die Präsenz gesichert, die Schüler könnten nicht im privaten Bereich darauf zugreifen.

Zu Hause? Eigentlich ideal, denn so wäre die Einbeziehung des Themas in die familiäre Kommunikation wahrscheinlich. Die Verfügbarkeit beim Arbeiten in der Schule wäre dann aber in vielen Fällen nicht gewährleistet.

Welches ist der geeignete Unterricht? Einerseits bietet der Klassenlehrer die größte Gewähr, wichtige Details der einzelnen Schülerpersönlichkeiten in eine Beratung (Tutorium) einzubeziehen. Andererseits ist der Fachlehrer Arbeitslehre die erste Wahl, ihm fehlen mitunter allerdings intimere Kenntnisse der Schülerpersönlichkeit – und ihm wird in Zukunft in den meisten Gesamtschulen der unterrichtliche Ort fehlen, wenn die Ar-

beitslehre auf die Feigenblattstunde in der 9. Jgst. gekürzt ist.

Berufsorientierung ist ein Feld, zu dem eine Reihe wissenschaftlicher Veröffentlichungen vorliegt. Effizienzmessungen hinsichtlich einer gelingenden Berufsorientierung fehlen: Selbst wissenschaftlich fundierte Ergebnisse von „best practice“ einzelner Schulen, die übertragbar wären, liegen nicht vor.

Ich plädiere für einen einführenden Elternabend in der 7. Klasse, auf dem wird das Thema Berufsorientierung vorgestellt wird. Engagierte Eltern werden im häuslichen Bereich eine wichtige Unterstützung bei dem Berufswahlprozess ihrer Kinder sein.

Wenn diese Kinder dann ihre Arbeitslehre-Lehrer mit speziellen Fragen konfrontieren, werden sie sicher die gewünschte Unterstützung erhalten.

Die Kosten für den Ordner sollten am Ende der 10. Klasse gegen Nachweis seiner Inanspruchnahme erstattet werden.

Schwierig bleibt auch hier der Umgang mit niedrig motivierten Schülern. Die Einbindung des Berufswahlpasses in den leistungsbewerteten Unterricht ist aus nahe liegenden Gründen abzulehnen.

Jürgen Lackmann

Staatsverschuldung in Deutschland

Der Ruf nach Steuersenkungen ist wieder in der Welt. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) hat die Nachrichtenarmut im Sommer 2007 gut genutzt. Zwar scholl ihm erbost entgegen, der Staat müsse sich jetzt erst einmal um die Konsolidierung kümmern und sei ohnehin unterfinanziert, da könne man nicht noch mit den Steuern heruntergehen. Wie üblich jedoch wird in dieser Kritik die eigentlich naheliegende Möglichkeit aus-

geblendet, die Ausgaben zu drosseln und insgesamt den Einfluss des Staates auf die Wirtschaft zurückzuführen. Und genau dazu bietet Glos' Vorstoß einen Weg. Wie notwendig dies ist, belegt dabei nicht zuletzt das bereits erreichte Niveau der Staatsverschuldung. Insgesamt hat die öffentliche Hand knapp 1500 Milliarden Schulden aufgetürmt - das sind Größenordnungen, die für den Bürger so abstrakt sind, dass er sich kaum noch aufregen kann. Und jede Sekunde wächst die deutsche Verschuldung weiter um mehr als 1000 Euro. Die ökonomische Rechtfertigungsbasis für diese gigantischen Summen ist dabei arg dünn. Die Verschuldung ist im Wesentlichen politisch getrieben. Und da der Versuchung der Politiker sonst nicht beizukommen sei, müsste man ihnen das Schuldenmachen einfach verbieten.

Die Verschuldung der öffentlichen Hand ist enorm hoch und soll zumindest begrenzt werden. Dazu liegen neue Vorschläge - beispielsweise vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung - vor, nach denen die Schuldenaufnahme an Einwohnerzahl, Wirtschaftskraft oder einen neuen Investitionsbegriff gekoppelt werden soll. Bevor man über solche Mechanismen nachdenkt, muss aber die grundsätzliche Frage erlaubt sein: Gibt es überhaupt einen sinnvollen Zweck, der es rechtfertigt, regelmäßig jährlich einen Teil der Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden durch Schuldenaufnahme zu finanzieren? Die Verwaltung sieht dieses Schuldenmachen kritischer als die Politik - und eine wissenschaftliche Begründung für kontinuierliche Schuldenfinanzierung hier und heute gibt es ohnehin nicht.

Die Ausgangslage ist bekannt: Deutschland ringt ebenso wie andere große EU-Länder um die Einhaltung der Maastricht-Kriterien. Die Wurzeln der Misere reichen tief. Zwischen den Jahren 1970 und 2000 hat der Schuldenstand des Staates in Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Durchschnitt aller Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

von 35 Prozent auf nahezu 60 Prozent zugenommen. Dies geschah bis in die neunziger Jahre überwiegend bei wachsendem Sozialprodukt, also bei ebenfalls - und zumeist überproportional - steigenden Steuereinnahmen. Wenn dennoch gleichzeitig langfristig die Verschuldung stieg, kann es also nicht blanke Not gewesen sein, die zu diesem süßen Gift greifen ließ. Es fragt sich also, welche Triebkräfte hinter dem jahrzehntelangen Schuldenmachen, stecken und wie sie vielleicht gebändigt werden können. Um dies zu klären, muss man sich in einem ersten Schritt damit beschäftigen, wer es ist, der auch in guten oder doch normalen Zeiten zur Verschuldung greift - auch dann, wenn kein einmaliger Sonderfall wie eine das ganze Land belastende Katastrophe oder der Glücksfall der deutschen Einigung eingetreten ist, sondern wenn es sich um kontinuierliche Verschuldung handelt.

„Wir von der Verwaltung würden einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.“ So äußerte sich vor einiger Zeit der für die Kämmerei verantwortliche Beamte einer mittelgroßen deutschen Stadt vor den Studenten in einem Seminar zu Geld und Währung, und er fügte hinzu, dass es nach seiner Auffassung die generelle Präferenz „der Verwaltung“ sei, ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Was bedeutet diese Aussage, falls sie sich in einer Rundfrage als allgemeines Statement bestätigen würde? Die Mitarbeiter der Verwaltung kennen die Spielräume bei den Ausgaben des jeweiligen Jahres, sie können die Unabdingbarkeit oder Aufschiebbarkeit neuer Ausgaben gelassener einschätzen als der Politiker, und nicht zuletzt können sie die Einnahmespielräume in der nahen Zukunft realistisch überblicken. Wenn diese Einschätzung zutrifft, dann ist aus der Sicht der Verwaltung, die von der Politik vergleichsweise abgehoben ist, ein ausgeglichener Haushalt in der typischen deutschen Gemeinde üblicherweise möglich.

Was für die Gemeinde als überschaubare Größe gilt, trifft erstaunlicherweise auch für Bund und Land zu. Es gibt nämlich eine nachdrückliche Forderung in Richtung aus-

geglicher Haushalte von den Rechnungshöfen von Bund und Ländern. Diese lassen sich eher der Verwaltung als der Politik zu rechnen, weil sie in politisch abgehobener Form die öffentliche Haushaltswirtschaft bewerten sollen. Die Chefs der Rechnungshöfe haben einstimmig einen Aufruf erlassen, der die eindeutige Empfehlung enthält, dass eine neue Verschuldungsregel mit mehr „Biss“ geschaffen werden solle.

Am gewichtigsten ist die Forderung, dass außer in wirtschaftlichen Krisenzeiten überhaupt keine Haushaltsfinanzierung durch Schuldenaufnahme erlaubt sein soll. Zugleich sei die Tilgung der in Krisenzeiten aufgenommenen Schuld schon bei der Schuldenaufnahme verbindlich zu regeln. Mittel- bis langfristig sind nach diesem Aufruf sogar Haushaltsüberschüsse anzustreben, damit endlich damit begonnen werden könne, den bereits angehäuften Schuldenberg abzutragen.

Die Verwaltung zieht ausgeglichene Haushalte vor

Zusammengefasst ist aus Sicht der Verwaltung eine kontinuierliche Verschuldung nicht nur nicht angezeigt, sondern unbedingt zu vermeiden. Die Verantwortung für den hohen Schuldenstand liegt also offensichtlich beim Politiker. Er forciert die jährliche Schuldenaufnahme. Diese Erkenntnis verweist wissenschaftlich auf die Theorie Öffentlicher Wahlhandlungen („Public Choice“). Die Problematik ist zudem keinesfalls temporär, sondern sie ist politisch-strukturbedingt und daher dauerhaft angelegt. Wenn aber eine so dauerhafte und in aller Öffentlichkeit vertretene Politik betrieben wird, dann heißt das auch, dass dahinter eine Begründung stehen könnte, die diese kontinuierliche Schuldenaufnahme sehr wohl rechtfertigt. In der Tat gibt es in der Finanzwissenschaft eine lange Tradition, über die Rechtfertigung einer Schuldenaufnahme nachzudenken. Seit den siebziger Jahren hatte sie neue Impulse erhalten.

Wieweit ist nach heutigem Kenntnisstand eine Schuldenaufnahme der öffentlichen Hand wissenschaftlich überhaupt zu rechtfertigen? Unter den Begründungen für eine Schuldenaufnahme, gleich welcher Ebene, sind temporäre Anlässe und eine kontinuierliche Schuldenaufnahme zu unterscheiden. Zeitlich begrenzt können außergewöhnlich hohe Ausgaben notwendig sein, beispielsweise im Falle eines Krieges oder in einer wirtschaftlichen Depression. Hierzu ist das Argument der Steuerglättung („Tax Smoothing“) formuliert worden. Demnach ist es nicht sinnvoll, Steuersätze kurzfristig heraufzusetzen, um sie bald wieder auf das Ausgangsniveau vor Eintritt dieser außergewöhnlichen Finanzierungssituation zu senken. Dazu müssten besonders hohe Steuersätze angewendet werden, die ihrerseits besonders hohe Zusatzlasten mit sich bringen und daher zu vermeiden sind.

Für die kontinuierliche Schuldenaufnahme, die heute auf allen Ebenen betrieben wird, gelten in der Finanzwissenschaft andere Argumente. Im Vordergrund steht die These von der intertemporalen Lasten-Verteilung. Diese These besagt, dass durch die Verschuldung im Vergleich zur Steuerfinanzierung Lasten in die Zukunft transferiert werden können, und falls das möglich erscheint, könnte die Verschuldung zur Finanzierung zukunfts wirksamer Leistungen herangezogen werden. Wenn also heute als Teil der Infrastruktur eine neue Straße gebaut wird, die über Jahrzehnte genutzt werden kann, so stehen der Generation der künftigen Nutzer dieser Infrastruktur dann die mit der Schuldenfinanzierung einhergehenden zukünftigen Belastungen gegenüber. Die Generationen werden über die Zeit hinweg gleichmäßig belastet. Deshalb spricht man auch von intergenerationaler Lastenverteilung.

Unter den Argumenten zur kontinuierlichen Verschuldung hat das Lastenverschiebungsargument die größte Durchschlagskraft und wird auch vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 2006/07 als Argument akzeptiert. Soweit sich hieraus

Rechtfertigungen für eine zumindest partielle Verschiebung der Finanzierungslasten in die Zukunft ableiten lassen, sind diese Lasten aber zugleich in einem größeren Zusammenhang zu sehen. Es ist zu prüfen, ob von den übrigen Gebietskörperschaftsebenen (zum Beispiel Pensionslasten in den Länderhaushalten) und von den Sozialversicherungen (insbesondere der gesetzlichen Rentenversicherung) nicht bereits ebenfalls erhebliche Lasten in die Zukunft verschoben worden sind. Diese Diskussion wird unter dem Begriff der Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik geführt. Die entsprechenden Berechnungen, sei es nach der Methode der OECD oder nach dem Ansatz der Generationenbilanzen („Generational Accounting“), haben für Deutschland zu dem Ergebnis geführt, dass durch diese anderen Entscheidungsträger bereits erhebliche Lasten in die Zukunft verschoben worden sind und immer noch verschoben werden. Insofern mahnen gerade die Überlegungen zur intergenerationalen Lastenverschiebung, wie sie jetzt in Deutschland mit Blick auf die demographische Entwicklung verstärkt angestellt werden, und die entsprechenden Rechnungen dazu, auf keinen Fall weitere Schulden aufzunehmen - und zwar gleichgültig, auf welcher Ebene.

Eine zweite, aber weniger bedeutsame Begründungslinie für eine kontinuierliche Schuldenaufnahme ist ganz anderer Art. Sie stellt auf Objekte ab, die einzelwirtschaftlich öffentliche Einnahmen in Form von Entgelten erbringen, die dann den Schuldendienst abdecken. Insbesondere auf der Gemeindeebene gibt es zahlreiche Einrichtungen und Projekte, die durch Erwerbseinkünfte oder Gebühren ihren Schuldendienst erwirtschaften können. Zweifellos ist zunächst zu prüfen, ob nicht eine Privatisierung oder zumindest eine öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP) möglich ist. Wenn die Vorhaben öffentlich durchgeführt werden, machen sie es möglich, den entsprechenden Schuldendienst der jeweiligen Gebietskörperschaft so zu decken, dass auf Dauer keine zusätzliche Schuld angehäuft wird. Es handelt sich mithin um sich selbst finanzierende Objekte. Zwingende Voraussetzung ist dabei, dass

Rechtsformen gewählt werden, die möglichst „haushaltsfern“ sind, das heißt, privatrechtliche, öffentliche Unternehmen oder entsprechend gestaltete Zweckverbände sind zu bevorzugen.

Das politische Spiel mit der Schuldenillusion der Bürger

Wenn von diesem wenig gewichtigen Fall und von der seltenen Situation einer wirtschaftlichen Depression abgesehen wird, findet sich keine haltbare rationale Begründung für eine kontinuierliche Schuldenaufnahme. Wenn sie aber dennoch unabweisbares Faktum ist, so muss es sich offenbar um ad hoc getroffene politische Entscheidungen handeln, die vielleicht auch anders hätten getroffen werden können. In der Wissenschaft ist dies Gegenstand der politischen Ökonomie und der Public-Choice-Theorie, in der ausdrücklich die Interessen, der jeweiligen Beteiligten berücksichtigt werden.

Aus dem Blickwinkel der bisherigen Argumentation ist die Politik der Gegenspieler der Verwaltung und zugleich die alleinige Ursache für die große Zahl der Haushaltsdefizite in deutschen Budgets. Gerade in fiskalisch vergleichsweise normalen Zeiten wie heute hätte die Politik keinen Grund, Schulden aufzunehmen, nur um Ausgaben zu tätigen, die aus politischer Sicht und zumeist mit Blick auf den nächsten Wahltermin als opportun erscheinen. Der Politiker ist in dieser Sicht der Getriebene. Die treibenden Kräfte sind in der Parteienkonkurrenz und in der Länder- und Bürgermeisterkonkurrenz zu sehen, wenn beispielsweise mit Hinweis auf Pressemitteilungen über die Verfügbarkeit einer neuen öffentlichen Leistung im Nachbarland oder in einer Nachbargemeinde die Parteien im eigenen Gebiet unter Druck gesetzt werden, diese Leistung ebenfalls anzubieten.

Wenn der Politiker in Parlament und Regierung diese zusätzlichen Ausgaben durch höhere Steuern und Gebühren finanzieren würde, dann verlöre er Stimmen. Stattdessen bevorzugt er die Schuldenaufnahme. Dazu verführt ihn die „Schuldenillusion“. Von Schuldenillusion spricht man, wenn sich die Wahl-

bürger über die Folgebelastung, die im Schuldendienst (Verzinsung und spätere Rückzahlung) liegt, nicht ausreichend im Klaren sind. Was ist angesichts dessen nun also zu tun? Die Verführbarkeit der Politik ist als Faktum weitgehend unabänderlich. Folglich ist an der Verfügbarkeit des Instruments der Verschuldung anzusetzen. Nun gilt es zu überlegen, was geschehen oder gar zusammenbrechen würde, wenn eine Verschuldung für den üblichen jährlichen Haushalt nicht mehr erlaubt wäre.

Dazu ist vorweg zu reflektieren, inwieweit die Situation von Bund, Land und Gemeinde Unterschiede aufweist. Der Bund spielt in einer Hinsicht eine Sonderrolle. Ein vollständiges Verbot der Verschuldung ist hier deshalb nicht gut denkbar, weil die konjunkturpolitische Verantwortung in allererster Linie beim Bund liegt und dieser für den Fall einer wirtschaftlichen Depression, also einer tiefen Rezession, in der Lage sein muss, zeitweilig Schulden aufzunehmen. Allerdings gilt das nur hierfür und nicht für die seit längerem dominierenden wirtschaftsstrukturellen Verwerfungen.

Abgesehen vom Spezialfall der tiefen Rezession wird in neuerer Zeit vermehrt über Instrumente einer Schuldenbegrenzung nachgedacht und von einer erforderlichen Schuldenbremse gesprochen. Darüber hinausgehend könnte man auch über eine radikale Variante der quantitativen Begrenzung nachdenken. Spielen wir dies als Gedankenexperiment durch, also als offene Form eines Szenarios: Was würde geschehen, wenn in Deutschland die Haushaltsverschuldung auf allen Ebenen völlig verboten würde?

Überschüsse als budgetärer Normalfall

Dazu müsste man den Politiker hinter einen fiktiven „Schleier des Unwissens“ stellen können. Um diesen etwas wirklichkeitsnäher nachzubilden, könnte man sich vorstellen, den Politiker in entspannter Atmosphäre beispielsweise nach dem zweiten Glas Wein zu fragen, ob es für seine Arbeit nicht eine Erleichterung darstellen würde, wenn nicht nur er keine Schulden aufnehmen dürfte, sondern

die Zuständigen aller Budgets aller Ebenen, auch in den anderen EU-Ländern, ebenfalls nicht.

Insbesondere der Finanzpolitiker könnte sich in einem solchen Szenario angesichts von Forderungen der Wähler, Abgeordneten und Parteien nach Mehrausgaben auf diese unumgehbare Barriere berufen und auf die verbleibenden Alternativen einer Kürzung der Ausgaben an anderer Stelle oder einer Einnahmenerhöhung verweisen. Eine Schuldenaufnahme wäre weiterhin für echte Kas senkredite zulässig. Diese wären aber strikter als bisher durch externe Stellen zu überprüfen, und die heute vor allem auf der Gemeindeebene beobachtbaren Überschreitungen wären scharf zu sanktionieren. Des Weiteren wären lediglich die oben angeführte sehr spezielle und eng definierte Ausnahme der sich selbst finanzierenden Projekte und eine ebenso streng eingegrenzte konjunkturpolitische Verschuldung des Bundes erlaubt.

Im Ergebnis würde das geschehen, was man sich für einen öffentlichen Haushalt in der üblichen finanziellen Situation eigentlich für den jährlichen Normalfall vorstellt: Es wird ein Überschuss der laufenden Einnahmen über die laufenden Ausgaben gebildet. Aus diesem werden Investitionen finanziert, bei Land und Gemeinde zuzüglich eventueller Investitionszuweisungen der oberen Ebenen. Wenn diese Finanzierung im einzelnen Jahr nicht möglich ist, müssen zunächst Rücklagen gebildet werden, die dann zum Zeitpunkt der Investition wieder aufgelöst werden. Reichen auch diese Instrumente nicht aus, müssen die Steuern erhöht werden.

Der Zeitpunkt für die Einführung eines Verschuldungsverbots oder zumindest einer scharfen Begrenzung erscheint derzeit günstig. Schließlich äußern viele Beteiligte auf allen Seiten Unbehagen über die Lage und stellen Überlegungen an, wie hier Remedur geschaffen werden kann. Zweifellos mehren sich die Stimmen, die der Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden ein Ende setzen wollen. Auch in der Politik erheben sich entsprechende Stimmen. Abgesehen von

Landespolitikern, die immer wieder einmal einen ausgeglichenen Haushalt für ein Haushaltsjahr der nahen Zukunft versprechen, ist hier der Aufruf des nieder sächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff (CDU) zu nennen, sich für einen Entschuldungspakt zu engagieren. Wulff denkt als eine Möglichkeit daran, eine Neuverschuldung nur mit parlamentarischer Zweidrittelmehrheit zu erlauben. Damit fasst er schon eine konkrete Maßnahme ins Auge. Die gleiche Forderung stellte vor nicht allzu langer Zeit der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) und fügte hinzu, das langfristige Ziel müsse sein, die Neuverschuldung ganz zu verbieten. Nicht zuletzt hat die ständige Diskussion um die Aufweichung der Maastricht-Kriterien, die auf die zusammengefasste Verschuldung aller drei Ebenen zielen, gezeigt, dass alle Ebenen zusammen eine zu starke Neigung zur öffentlichen Verschuldung aufweisen.

Wenn aber gleichzeitig alle der Meinung sind, dass man Schulden nur macht, weil die anderen sie auch machen, dann ist es an der Zeit, eine straffe Schuldenbegrenzung bis hin zu einem klaren Verbot der Schuldenaufnahme offensiv zu vertreten. Auch der Wahlbürger goutiert das Schuldenmachen der öffentlichen Hand keineswegs. Unter dem Druck der politischen Konkurrenz wird mit einer Schuldenaufnahme mehr Unheil als Segen gestiftet. Weil die bösen Folgen erst später eintreten, wirkt dieses Instrument als süßes Gift. Und es vergiftet die nächsten Generationen gleich mit.

Was machen Jugendliche ohne Ausbildungsplatz?

Mit ihrer Entscheidung, etwas anderes als die eigentlich gewünschte betriebliche Lehre zu beginnen, tragen viele Jugendliche zur Entlastung des Lehrstellenmarktes bei. Sie wählen Alternativen und machen zum Beispiel Praktika, beginnen zu jobben oder gehen wieder zur Schule. Eine neue Studie des

Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zeigt, dass dies aber nur selten freiwillig geschieht. Viele dieser alternativ verbliebenen Bewerber/-innen befinden sich - obwohl sie offiziell als "vermittelt" gelten - weiter auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Nur von einem knappen Drittel kann behauptet werden, ihr alternativer Verbleib entspreche weitgehend ihren eigenen Bildungswünschen. Ein weiteres Drittel hat den aktuellen Verbleib nicht angestrebt, sich aber mit der jetzigen Situation innerlich arrangiert. Das restliche Drittel sieht sich dagegen eher in einer "Notsituation".

In diesem Jahr dürften nach den vorläufigen Meldungen der Kammern bis Ende September rund 560 000 bis 570 000 Jugendliche einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben. Rund 365 600 dieser erfolgreichen Lehrstellenbewerber/-innen waren bei den Arbeitsagenturen erfasst, die insgesamt 763 100 Bewerber/-innen registrierten. Mehr als die Hälfte - fast 400 000 Jugendliche - fanden aufgrund der angespannten Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt keine Lehrstelle. Davon gelten 49 500 als "noch nicht vermittelt". Die übrigen rund 348 000 hatten sich zu diesem Zeitpunkt bereits für eine Alternative entschieden.

Um das Verhalten, die Motive und die Lage der Bewerber/-innen näher zu beleuchten, führt das BIBB in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit regelmäßig repräsentative Befragungen durch. Die letzte Ende 2004 durchgeführte Untersuchung widmete sich u. a. ausführlich der Situation der "alternativ Verbliebenen". Auch damals begann knapp die Hälfte der Jugendlichen etwas anderes als eine Lehre:

Etwa jeder Dritte fiel völlig aus dem Bildungssystem heraus: 5 % hatten eine Arbeitsstelle angenommen, 6 % jobbten und 19 % waren arbeitslos. Bei der letztgenannten Gruppe waren dies häufig Jugendliche, die zur Überbrückung einen Job gesucht hatten, dabei aber erfolglos blieben.

Viele nahmen weitere Bildungsaktivitäten auf: Rund 30 % beteiligten sich an Bildungsgängen zur beruflichen Orientierung und Grundbildung (vor allem berufsbildende Schulen und berufsvorbereitende Maßnah-

men). 9 % besuchten erneut eine allgemeinbildende Schule und 4 % befanden sich in einem Praktikum.

Einem Teil der Jugendlichen gelang es, einen Ausbildungsplatz zu finden: 11 % machten eine Lehre. Weitere 5 % begannen eine rein schulische Berufsausbildung und 3 % studierten. Rund 19 % begannen somit doch noch eine voll qualifizierende Ausbildung.

Wirklich zufrieden mit ihrer Situation sind laut Studie nur die Jugendlichen, die sich in einer voll qualifizierenden Ausbildung befinden. Überwiegend positiv wird auch ein erneuter Schulbesuch bewertet. Berufsvorbereitende Maßnahmen, das schulische Berufsvorbereitungsjahr sowie Praktika sind dagegen bei den Jugendlichen nur selten erste Wahl. Dennoch werden sie von vielen - nach einiger Zeit zumindest - als sinnvolle Überbrückung akzeptiert.

Sehr negativ werden hingegen alle Alternativen bewertet, die außerhalb des Bildungssystems liegen. So empfinden zum Beispiel auch rund zwei Drittel der Jugendlichen, die in eine reguläre Arbeitsstelle einmündeten, dies lediglich als Überbrückung, Notlösung oder Sackgasse.

Weitere sind zu finden unter Informationen: <http://www.bibb.de/de/27460.htm>

In: cedefopinfo. Berufsausbildung, Nr. 1/2007

Moment mal!

Grundrecht soziale Sicherheit

Anfang Oktober beklagte der SPD - Vorsitzende Kurt Beck, in Deutschland gebe es „zu viele Menschen, die keinerlei Hoffnung mehr haben, den Aufstieg zu schaffen“. Es bestehe die Gefahr, dass das Streben nach einem besseren Leben in Teilen der Gesellschaft verloren gehe. Es dauerte nicht lang, da hatten wirtschaftsliberale Kommentatoren den Schuldigen an diesem Missstand ausgemacht: den Wohlfahrtsstaat. Dessen übertriebene Fürsorge mache träge und be-

schränke die Freiheit des Einzelnen, sich selbständig aus sozialer Not herauszuarbeiten.

In diesem Argument schwingt der Vorwurf vom bequemen Leben in der „sozialen Hängematte“ mit: Viele der scheinbar Hoffnungslosen, von denen Beck spricht, fühlten sich doch eigentlich ganz wohl in ihrer Situation. Diese Behauptung ist anmaßend. Sie ist zugleich ein Zeichen von Ratlosigkeit, was die Politik gegen hohe Arbeitslosigkeit und die zunehmenden sozialen Probleme unternehmen sollte. Nicht der angeblich zu fette Sozialstaat macht unfrei, sondern eine Ökonomie, die nicht genug angemessen entlohnte Jobs schafft und der es gleichgültig ist, was mit denen passiert, die sie nicht mehr braucht.

Seit dem 11. September 2001 geht die Gewährleistung bürgerlicher (physischer) Sicherheit über alles, rüsten sich Staaten mit immer neuen Kompetenzen aus, um ihren Schutzauftrag zu erfüllen. In Bezug auf soziale Unsicherheit dagegen geht der Trend in die entgegengesetzte Richtung: In den meisten Industrieländern wurden Sozialleistungen gekürzt, stattdessen wird an die Eigenverantwortung appelliert. In den Entwicklungsländern gibt es ohnehin nur rudimentäre Sozialstaaten, wenn überhaupt.

Staaten haben aber die Aufgabe, für beides zu sorgen: bürgerliche und soziale Sicherheit. Denn Gesellschaften ohne staatlich vermittelte Solidarität der Starken mit den Schwachen sind nicht dauerhaft stabil. Die Institutionalisierung sozialer Sicherheit hat in Europa den Übergang von traditionellen Agrar- zu modernen Industriegesellschaften überhaupt erst möglich gemacht. Viele ärmere Länder befinden sich heute in diesem Übergang, anderen steht er bevor.

Das heißt nicht, dass der europäische und speziell der deutsche Sozialstaat keine Reformen nötig hätte. Dabei geht es weniger um die Finanzierbarkeit: Die OECD bescheinigte Deutschland im Oktober, kein anderes Land Europas außer den Niederlanden habe in den letzten zehn Jahren den Anteil von Steuern und Abgaben an der Wirtschaftsleistung stärker gesenkt. Es gibt also

offensichtlich finanzielle Spielräume. Auch die Wirkung des demographischen Wandels ist nicht eindeutig. Der frühere Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt Albrecht Müller vertritt die These, die Alterung der Gesellschaft wäre kein großes Problem für den deutschen Sozialstaat, wenn es gelänge, die Erwerbsquote zu erhöhen. Beschäftigungspolitik sei deshalb wichtiger als Demographie.

Das Problem ist die wachsende Gerechtigkeitslücke im deutschen Sozialstaat, wie sie in Entwicklungsländern üblich ist: Anspruch auf staatliche Leistungen haben vor allem die Inhaber eines festen Arbeitsplatzes – also Menschen mit bestimmten Privilegien. Die Wohlfahrtsstaaten Europas müssen sich auf die Zunahme weniger geregelter und prekärer Beschäftigungsverhältnisse einstellen. Soziale Sicherheit darf es nicht nur für die mit Festanstellung geben. Sozialstaaten sollten sich zudem stärker auf die individuellen Bedürfnisse und Fähigkeiten der Bürger einstellen und sie gezielt fördern – vom Kindesalter an. Einen solchen „befähigenden“ Wohlfahrtsstaat sollte sich jede Gesellschaft leisten. Ihre Mitglieder haben ein Recht darauf.

T. Elliesen in E+Z, Jg. 47, 2007

Kurzhinweise und Internetadressen

Leitfaden für fahrradfreundliche Schulen

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) hat eine Broschüre mit dem Titel "FahrRad! - Wer zur Schule fährt, gewinnt" veröffentlicht. In dieser Broschüre werden Tipps zum Einsatz und zum Umgang mit Fahrrädern gegeben. Für Schulen weist der VCD besonders auf die Fahrradabstellanlagen an den Schulen hin, die sicher und praktisch sein sollen - mit genügend großen Abständen zum Ein- und Ausparken. Auch die Einrichtung einer schuleigenen Fahrradwerkstatt sollte erfolgen, damit kaputte Räder nicht ungenutzt stehen bleiben. Lehrkräften empfiehlt der VCD, das Thema Fahrrad in den Unterricht zu integrieren. So kann zum Beispiel im Matheunterricht berechnet werden, wie viel CO₂ die SchülerInnen pro Jahr einsparen, wenn sie mit dem Rad und nicht mit dem Auto oder dem Bus zur Schule kommen. Um noch mehr Jugendliche für das umweltschonende und gesunde Zweirad zu gewinnen, führt der VCD zum Schuljahr 2007/2008 die neue Kampagne "FahrRad! Fürs Klima auf Tour" durch. Weitere Hinweise zur Broschüre (der übrigens eine CD-ROM beiliegt) und zum sicheren Umgang mit Fahrrädern sind unter dem Link „http://www.vcd.org/fahr_rad.html“ zu erhalten.

Was kommt nach dem Schulabschluss?

Der Wunsch, im Anschluss an die Klasse 10 eine weiterführende Schule zu besuchen, steigt unter Kölner Schulabgängerinnen und Schulabgängern kontinuierlich an. Über die Hälfte aller vom Schulamt für die Stadt Köln befragten Jugendlichen will weiter die Schule besuchen. Einen immer größeren Anteil nehmen dabei die Vollzeitbildungsgänge der Berufskollegs ein. Über 4.300 Schülerinnen und Schüler wurden nach ihren Wünschen und Alternativvorhaben nach Abschluss der Klasse 10 befragt. Demnach würden 34,8 % eine berufliche Ausbildung beginnen, 34,5 % einen Bildungsgang des Berufskollegs besuchen, 18,4 % in die 11. Klasse Gymnasium/ Gesamtschule wechseln und 3,9 % der Befragten gaben an, bereits einen Ausbildungsplatz zu haben. Die übergreifenden Ergebnisse werden vom Schulamt für die Stadt Köln ausgewertet und in einer Dokumentation zusammengefasst. Weitere Informationen zum Thema ist unter dieser Internetadresse zu finden: http://www.bildung.koeln.de/berufswahl/schulabgaenger_befragung/index.html

Qualitätsstandards zum Übergang Schule - Beruf

Ein Grundverständnis, die Qualitätsstandards selbst und ein umfangreicher Anhang bilden das Kernstück

der Veröffentlichung „Qualitätsstandards für Verfahren zur Kompetenzfeststellung im Übergang Schule - Beruf“, die das Ergebnis des Transfervorhabens „Kompetenzfeststellung vor dem Übergang Schule - Berufsfindung“ des BMBF-Programms „Kompetenzen fördern - berufliche Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf“ (BQF-Programm) sind. Die Veröffentlichung ist in drei übergeordnete Kategorien gegliedert, denen einzelne Qualitätsstandards zugeordnet sind: (1) Pädagogische Prinzipien, (2) Professionelle Umsetzung sowie (3) Systematische Beobachtung. In Anlehnung an die Standards des Arbeitskreises Assessment Center wird für jeden Qualitätsstandard zunächst eine Kernaussage formuliert, der eine Begründung und Hinweise für die Umsetzung bzw. Hinweise auf Verstöße folgen. Diese umfangreiche Darstellung der einzelnen Qualitätsstandards macht die „Qualitätsstandards für Verfahren zur Kompetenzfeststellung im Übergang Schule - Beruf“ zu einer Handreichung oder Arbeitshilfe, für all jene, die selbst Verfahren zur Kompetenzfeststellung umsetzen, im Dschungel der Verfahren nach Orientierung suchen oder mit Fragen von Maßnahme- oder Programmgestaltung befasst sind. Die Veröffentlichung steht zum Download auf dieser Seite bereit: <http://www.worldtune.com/sub/assessment/news/qualitaetsstandard.pdf>

Bildung online

„bildung online“ ist ein verlagsübergreifender, nicht-kommerzieller Service zur Recherche von rund 60.000 Schulbüchern, Kopiervorlagen, Software und Downloads. Laufend werden neue Verlagsangebote eingearbeitet. Angesprochen sind Lehrende und Lernende, die die für ihre Zwecke passenden Angebote hier finden. Die Produkte werden durch kurze Hintergrundtexte erläutert und lassen sich auf einem Merkzettel bequem zusammenstellen. Zusätzlich sind auf dieser Internetplattform wöchentlich neue Downloads in der Rubrik „Unterrichtsvorbereitung aktuell“ zu finden. Hier finden Lehrkräfte Materialien zu Brennpunkthemen aus Politik, Wissenschaft und Kultur. Der Bereich „Neuheiten“ ist ein Schaufenster für Neuerscheinungen auf dem Bildungsmedienmarkt. Über eine Verlinkung zum anbietenden Verlag erhält man weitere Informationen. Dieser Service ist unter der Internetadresse „www.b-o.de“ zu finden, wobei die Nutzung der Suchmaschine kostenlos ist.

Arbeitslosigkeit als Unterrichtsgegenstand

Das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit ist eine große Herausforderung für unsere Zeit und es führt schon bei Jugendlichen zu Verunsicherung und Existenzängsten. Um ihnen die verschiedenen Dimensionen der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu veranschaulichen, bietet das „Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)“ Lehrkräften ein umfangreiches Arbeitspapier mit dem Titel „Arbeitslosigkeit hat

viele Gesichter“ zum Einsatz im Unterricht als kostenlosen Download an. In diesem Unterrichtsmaterial werden z. B. die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland seit den 1950er Jahren sowie deren Ursachen und gesellschaftliche Auswirkungen erläutert. Umfangreiche Begriffserklärungen runden das Angebot ab. Das Arbeitspapier finden Sie zum Download auf der Internetportal von „www.sozialpolitik.com“ und ist kostenfrei zu beziehen.

IAB-Studie zum Berufseinstieg

Nicht nur für bildungsschwache Jugendliche ist es eng geworden, sondern auch Jugendliche mit mittlerem Bildungsabschluss haben heute Probleme, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu finden, zeigt eine Studie des „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)“. Selbst denjenigen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen können, droht demnach die Arbeitslosigkeit. Dieser Verdrängungswettbewerb wirkt sich verschärfend auf die ohnehin schon seit Jahren schwierige Situation der leistungsschwächeren Bewerberinnen und Bewerber aus. Die gesamte Studie ist zum Download unter der Internetadresse „<http://doku.iab.de/kurzber/2007/kb0207.pdf>“ zu erhalten.

„Berufswahluhr“

Jugendliche, die eine berufliche Erstausbildung anstreben, befinden sich in einer wichtigen, aber auch schwierigen Orientierungsphase. Dies trifft verstärkt auf Jugendliche mit Migrationshintergrund, mit schulischen oder sozialen Problemen zu. Bei der Suche nach einer Lehrstelle sind sie besonders benachteiligt. Gerade diese Jugendlichen brauchen Unterstützung und spezielle Förderung, um beispielsweise Informationen einzuholen, Bewerbungsunterlagen zusammenzustellen oder sich auf Auswahlgespräche vorzubereiten. Dabei hilft ihnen – und den sie betreuenden Fachkräften – jetzt eine „Berufswahluhr“, mit der in Form von Checklisten der zeitliche Zusammenhang zwischen Informieren, Entscheiden und Bewerben bzw. Anmelden in der 9. und 10. Klasse demonstriert werden kann. Die „Berufswahluhr“ ist Bestandteil einer neuen Datenbank, die das Good Practice Center Benachteiligtenförderung (GPC) des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) bereitstellt. Betriebe, Bildungsträger und Schulen erhalten in dieser Datenbank Informationen und Praxishilfen zur Benachteiligtenförderung. Fachkräfte können zur Unterstützung ihrer täglichen Arbeit aus mehr als 30 Schlüsselthemen Materialien und Produkte verschiedener Typen auswählen, zum Beispiel Arbeitshilfen, Dokumentationen, Praxismaterialien, Konzepte und wissenschaftliche Ausarbeitungen. Die thematische Bandbreite reicht dabei von A wie „Assessment-Center“ über O wie „Oberstufenband“ bis zu Z wie „Zielbildungs-

prozess“. Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.kompetenzen-foerdern.de>

Online Service für Lehrkräfte

„Lehrer-Online“ unterstützt angehende und praktizierende Lehrkräfte mit einem kostenfrei nutzbaren Internet-Service rund um den schulischen Einsatz digitaler Medien. Im Mittelpunkt stehen dabei Unterrichtseinheiten aus der Schulpraxis der verschiedenen Schulformen und -stufen und Internet-Tools, die pädagogisch sinnvoll und ohne größere Vorbereitungen im Unterricht eingesetzt werden können. Die Schwerpunktbereiche Grundschule, Sekundarstufen I und II sowie Berufsbildung werden durch nützliche Informationen zu den Themen Medienkompetenz und Recht der neuen Medien ergänzt. Lehrer-Online ist ein Projekt von „Schulen ans Netz e.V.“, einem gemeinnützigen Verein mit gesellschaftlichem Bildungsauftrag. Lehrer-Online wird von einem Redaktionsteam bestehend aus pädagogischen Fachkräften betreut, die sich über die Mitarbeit von engagierten LehrerInnen freuen. Weitere Hinweise zu diesem Projekt auf der Internetseite „lehrer-online.de“, wobei hier selbst komplette praxiserprobte Unterrichtseinheiten nebst Arbeitsanweisungen, Links und Schülerhandreichungen zum Download zu finden sind.

FOCUS-Berufsjournal

FOCUS liefert mit dem kostenlosen Berufsjournal „Kommunikationsberufe - Wege in Medien und Marketing“ ausführliche Berufsprofile, Experteninterviews und aktuelle Adressen der Ausbildungsinstitutionen. Herunterladen können Sie das Berufsjournal unter: http://p3.focus.de/fol/PDF/eFcMM_neu.pdf

Berufswahlorientierungshilfen

Der Leitfaden „Berufswahlorientierung für die Sekundarstufe I“ konzentriert sich schwerpunktmäßig auf diese sechs Aspekte des Berufswahlprozesses: Interessenanalyse; Kompetenzerwerb; Informationsbeschaffung und -auswertung; Berufsvielfalt, Erweiterung der Kenntnis des Berufsspektrums; Praktische Erfahrungen; Bewerbungsfahrplan; Elternarbeit und Lebens- und arbeitsweltbezogener Unterricht. Entwickelt wurde dieser Leitfaden von Realschulen in Köln in Zusammenarbeit mit der IHK Köln, der HWK Köln und dem zuständigen Schulamt. Der Leitfaden deckt die wichtigsten Aspekte des Berufswahlprozesses ab und hilft Lehrkräften bei der Vorbereitung und Durchführung von Übungen, Projekten und Spielen rund um die Berufswahl mit einem durchgehenden Konzept von der 5. bis zur 10. Klasse. Die Materialien sind kostenlos zum Download auf dem Kölner Bildungsserver unter der Internetadresse „www.bildung.koeln.de“ unter dem Stichwort „Berufswahl“ zu erhalten.

Jugendliche ins Arbeitsleben lotsen

Obwohl die meisten Jugendlichen ihre Schulpflicht mit 15 oder 16 Jahren erfüllt haben, beträgt das Durchschnittsalter zu Beginn der Berufsausbildung fast 19 Jahre. Was geschieht in den Jahren zwischen dem Ende der Schulpflicht und dem Beginn der Ausbildung? Warum gelingt es fast 15 Prozent eines Altersjahrgangs nicht, eine Berufsbildung aufzunehmen bzw. erfolgreich zu beenden? Um zu anerkannten Abschlüssen und zu marktfähigen Qualifikationen zu gelangen, müssen Jugendliche mit Hauptschulbildung vor dem Beginn einer Berufsausbildung oft längere Abfolgen berufsvorbereitender Maßnahmen in Form von „Schnupperlehren“, Praktika und berufsschulischen Bildungsgängen absolvieren. Häufig müssen sie dabei wiederholt und unter unklaren Rahmenbedingungen Entscheidungen über nächste Schritte treffen. Dabei kann das Gelingen der beruflichen Integration durch Umwege, Abbrüche und Sackgassen gefährdet werden, wenn es Jugendlichen in einem unübersichtlichen System von Bildungsinstitutionen und -angeboten nicht gelingt, passende, an ihren Voraussetzungen, Zielen und Lebenslagen anknüpfende Anschlüsse zu finden. Wie Unterstützung gestaltet werden muss, unter welchen Rahmenbedingungen welche Methoden und Instrumente eingesetzt werden können, wie also Übergangmanagement für benachteiligte Jugendliche diese Lotsenfunktion erfüllen kann, ist Gegenstand des im DJI-Verlag erschienenen Handbuchs „Übergangmanagement: Jugendliche von der Schule ins Arbeitsleben lotsen. Ein Handbuch aus dem Modellprogramm Kompetenzagenturen“. Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=9>

Unterrichtsbausteine zur Berufsorientierung

Was gehört alles zu den Bewerbungsunterlagen? Was ist bei der Erstellung eines Lebenslaufs zu beachten? Wie sieht ein gutes Bewerbungsfoto aus? Unter www.jugend-und-bildung.de finden Jugendliche ein umfassendes Angebot rund um das Thema „Bewerben“. Die einzelnen, zum Download angebotenen Module enthalten Aufgaben mit Arbeitsblättern und Materialien sowie Hinweise und Tipps. Sie können von einzelnen Jugendlichen, im Team oder in der Lerngruppe bearbeitet werden – meistens mit Einsatz von PC und Internet. Jedes Modul ist in sich abgeschlossen; die Reihenfolge der Bearbeitung kann bei Bedarf variiert werden. Weitere Informationen sowie die bereits veröffentlichten Module zum Weitere Hinweise und der Download unter: http://www.jugend-und-bildung.de/webcom/show_article.php/_c-10/_cat-1/_nr-338/_p-1/i.html

Rahmenkonzept zur Berufsorientierung

Das neue Rahmenkonzept des Ausbildungskonsenses NRW "Berufsorientierung als Bestandteil einer schulischen individuellen Förderung" wurde im Mai 2007 verabschiedet. Es versteht Berufsorientierung als gemeinsame Aufgabe von Jugendlichen, Eltern, Schule, Arbeitsverwaltung und außerschulischen Partnern. Der Text ist als PDF-Datei zu finden unter „www.ihk-nrw.de/rahmenkonzept_ausbildungskonsens.html“.

Ziel im Hinblick auf eine effektive und kontinuierliche Berufsorientierung im schulischen Kontext ist es, von einzelnen Bausteinen zu einem Gesamtkonzept zu kommen. Bereits ab der fünften Klasse sollte die Berufsorientierung und Lebensplanung mit in den schulischen Unterricht aufgenommen werden. Dieses so elementare Thema sollte dann bis zur Abschlussklasse immer wieder aufgegriffen werden. Dazu ist eine curriculare Struktur notwendig. Praxisnahe Lerneinheiten sollten von der fünften Klasse aufbauend bis zu den Abschlussklassen in die einzelnen Fächer und Lernbereiche integriert werden. So können sich die SchülerInnen rechtzeitig mit einzelnen Berufen und ihren Anforderungen vertraut machen. Leitgedanke ist es, jede/n Schüler/in individuell zu fördern und den Bezug des Unterrichts zur Lebenswelt zu verstärken. Dazu entwickelt das Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW eine Netzwerkstruktur für Schulen und im Rahmen der Lehrerfortbildung, bei der Interessierte aus bis zu 350 Schulen und ihre Partner erprobte Ansätze zu den oben genannten Aspekten weiter entwickeln, Materialien und qualifizierende Maßnahmen erproben. Die zentralen Arbeitsthemen in den Schulen wurden aus rund 1000 Praxisberichten gewonnen. Die Reihenfolge orientiert sich systematisch an der biographischen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen von der Grundschule bis zum Ende der Sekundarstufe I/II:

- Vom Traum (Jg. 5/6) über den Wunschberuf (Jg. 7/8) zum Startberuf (Jg. 9/10) - **Berufsorientierung und Lebensplanung als curricular roter Faden**
- Berufliche **Biographie** der (Groß-) Eltern, historische Entwicklung von Berufen, Arbeitsbedingungen und Freizeit, Alltag in Beruf und Familie
- **Rollenbilder, -verhalten** von Jungen und Mädchen, geschlechtsspezifische Berufswahlorientierung
- Training der **Selbsteinschätzung und Fremdwahrnehmung**, von Bewerbungssituationen; Konflikte bearbeiten, im Team lernen und arbeiten
- **Betriebe** und Berufe **exemplarisch erkunden** (Aufbau- und Ablauforganisation, Tätigkeitsprofile, Anforderungen an Qualifikationen)
- **Nachhaltigkeit**: Verhältnis von Ökonomie, Ökologie und Sozialem erkennen und bewerten, Zukunftsfähigkeit der Berufswahl und Lebensplanung
- **betriebliche Praxis erproben**: verschiedene Formen von Praktika, Schülerfirma (als Simulation)
- **Dokumentation der Lernentwicklung** und der Kompetenzen, Zertifikate, Leistungsbewertung, Arbeits- und Sozialverhalten einschätzen können

Weitere Hinweise unter: www.kurs-auf-zu-kunft.de/startseite/kompetenzen_entwickeln/unterrichtsmaterial.html

Reader: Chancen für Schulumüde

Im Reader „Chancen für Schulumüde“ des Deutschen Jugendinstituts (DJI) sind Beiträge zum Thema Schulumüdigkeit und Schulverweigerung vereinigt. Die Fachbeiträge waren Grundlage einer Tagung „Netzwerks Prävention von Schulumüdigkeit und Schulverweigerung“. Des Weiteren kommen Fachkräfte aus Schulen, aus Projekten der Jugendhilfe und aus Ministerien zu Wort, die über ihre Ansätze und Erfahrungen im Handlungsfeld „Schulumüdigkeit - Schulverweigerung“ berichten. Kurze Projektpräsentationen vermitteln einen Eindruck über die vielfältigen Strategien und Methoden „Guter Praxis“ der im Netzwerk engagierten Projekte. Die AutorInnen gehen den Fragen nach, welche Strategien es an Schulen und in Projekten der Jugendhilfe gibt, die Jugendliche zum Schulabschluss führen, Jugendliche beim Übergang von der Schule in den Beruf unterstützen, die die Bedingungen in und außerhalb der Schule verbessern und die migrationspezifischen Lebensumstände von Mädchen und Jungen berücksichtigen. Der Reader steht als Download bereit unter: <http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/bchlst1.php?browid=6264&projekt=229&kurzform=0>

Hauptschüler in der Warteschleife?

Unter dem Titel „Schule - und dann?“ hat das Deutsche Jugendinstitut in der DJI-Reihe „Wissenschaft für alle“ erste Ergebnisse einer Längsschnitt-Befragung von ca. 4.000 HauptschülerInnen bezüglich der Verwirklichung ihrer Berufsziele veröffentlicht. Sie wurden im letzten Schulbesuchsjahr der Hauptschule nach ihrer Herkunft, ihren Schulerfahrungen, ihren Bildungs- und Ausbildungszielen und ihren Plänen für die Zeit unmittelbar nach Ende des laufenden Schuljahres befragt. Vorläufige Ergebnisse der Studie ergaben, dass sich fast 25 Prozent aller HauptschülerInnen in einer „Warteschleife“ befinden. In halbjährlichen Abständen wurden die Jugendlichen zu ihren weiteren Wegen durch das Bildungs- und Ausbildungssystem interviewt. 1.722 Jugendliche haben bis November 2005 an allen Befragungen teilgenommen. Für sie lassen sich die Übergänge aus der Schule in Ausbildung und Beruf nachzeichnen. Ziel ist es, zu identifizieren, welche dieser Wege sich als erfolgsträchtig erweisen, welche als Warteschleifen und welche gar als Sackgassen. Die Ergebnisse der Studie sind auf dieser Internetseite: http://www.dji.de/bibs/276_6072_Schuleunddann_2006.pdf

Mäuse, Moos und mehr. Ökonomische Grundbildung für Jugendliche

Im vorgelegten Unterrichtspaket geht es um die Anbahnung einer finanziellen Allgemeinbildung innerhalb der Sekundarstufe I. Zu diesem Zweck wurde ein Lehrerbegleitheft sowie ein Schülerheft entwickelt, dem differenzierte Aufgaben zur unterrichtlichen Verwendung entnommen werden können.

Inhalt:

Der private Haushalt
Der Wirtschaftskreislauf
Markt und Preis
Girokonto
Sparen und Anlegen
Kredit
Finanzmanagement

Entwickelte Materialien:

Ausdifferenzierte didaktisch-methodische Handreichung mit teacher-proof-Lehr-Lernmaterialien zu den genannten Modulen.

Methodische Differenzierung auf der Grundlage von Kompetenzen zur ökonomischen Bildung der Sekundarstufe I

Zielgruppe:

Lehrerinnen und Lehrer der ökonomischen Bildung der Sekundarstufe I oder ambitionierte Erwachsene der ökonomischen Bildung.

Studierende der Fachdidaktik Wirtschaftslehre

Einsatzorte:

Schule und außerschulische Initiativen (z.B. Jugendbegleiterprogramme)

Teilnehmer/innen - Zahl:

unbegrenzt

Dauer/Aufwand:

Differenziert nach Kenntnisstand und intendierten Lehrzielen/Kompetenzniveaus

Einrichtung/Ansprechpartner/Adresse:

Bezug über den Deutschen SparkassenVerlag / örtliche Sparkassen

Prof. Dr. Jürgen Lackmann, PH Weingarten, Leibnizstraße 3, 88250 Weingarten
lackmann@ph-weingarten.de

CD-ROM Arbeitslehre

Unter dem Namen „Marburger Sammlung Arbeitslehre“ ist eine CD-ROM erschienen, die eine Fülle von Informationen (dabei nicht nur zur Arbeitslehre in Hessen!) zur Arbeitslehre enthält. Zu finden ist hier

1. eine annotierte Literaturliste von ca. 350 Titeln zur Arbeitslehre,
2. eine Diskussionszusammenfassung zu den Bildungsstandards,
3. die letzten 14 Hefte des GATWU-Forum (2000 bis 2007),
4. eine Synopse wie sich die Arbeitslehre bzw. das Lernfeld Arbeitslehre in den einzelnen Bundesländern im Jahr 2007 präsentiert,
5. der Informationsdienst Arbeit - Wirtschaft - Arbeitswelt von 2001 bis 2007 mit allen bis-

- her erschienenen Heften zu den Themen Berufswahl, Euro, Betriebspraktikum, - erkundung, Wirtschaft, Schülerbetriebe, Projekte, Projektprüfung, Neue Medien, Außer-schulische Lernorte und E-Commerce,
6. der Informationsdienst Arbeitslehre von 1995 bis 2000 zu den Themen Praktikum, Videofilme, Ökologie, Elektronische Medien, Europa, Konsum und Arbeitswelt,
 7. verschiedene Infos zur Arbeitslehre in Hessen (Lehrpläne, Berufswahl, Hinweise im Amtsblatt bis 2007, Studentafel, Umsetzung der AL in der Schule und
 8. Nützliche Hinweise und Adressen zur Arbeitslehre.

Die CD-ROM kann von interessierten Personen zum Selbstkostenpreis angefordert werden. Adresse: GATWU - Forum, c/o Dr. Wulfers, In der Wann 15a, 35037 Marburg oder per E-Mail: w.wulfers@gmx.de.

schend motivierenden Atmosphäre freuen können.
 Pressehinweis vom 12.09.2007
 (es handelt sich hier um keine "Ente", sondern ich fand diesen Pressehinweis unter
<http://www.unternehmerschaft.de/DA-002840.html>)

Neuer Hörsaal heißt "Aldi-Süd"

Der Hörsaal U1.44 am Fachbereich Wirtschaft ist kaum wiederzuerkennen: Pünktlich zum Semesterbeginn präsentiert er sich mit einem neuen Anstrich und Boden, modernster technischer Ausstattung und einer komplett neuen Bestuhlung, die Sitzmöglichkeiten für mehr als 120 Zuhörer bietet. Diese Renovierungsmaßnahme ist Ergebnis eines gelungenen Hochschul-Sponsorings. Heute Vormittag übergab Reinhard Drees, Geschäftsführer der ALDI GmbH & Co. KG Langenfeld den „ALDI SÜD-Hörsaal“ offiziell dem Fachbereich Wirtschaft. „Wir freuen uns, mit unserem Engagement zu der Verbesserung der Lehrbedingungen an der FH Düsseldorf beitragen zu können“, erklärte Reinhard Drees. Schon seit langem verbinden den Fachbereich gerade in Hinblick auf das Lehrgebiet Handel unter Leitung von Prof. Dr. Manfred Turban konstruktive Beziehungen zu dem erfolgreichen Unternehmen. „Handel ist traditionell ein stark nachgefragter Schwerpunkt unseres Fachbereichs und bietet unseren Studierenden exzellente, berufliche Einstiegs- und Aufstiegschancen. Viele Absolventinnen und Absolventen des Fachbereichs Wirtschaft bekleiden Führungspositionen in Handelsunternehmen unserer Region. ALDI SÜD hat sich hierbei als beliebter Arbeitgeber erwiesen“, freute sich Prof. Dr. Horst Peters, Dekan des Fachbereichs über die Kooperation. Darüber hinaus wird der Sponsor zunächst bis 2012 den Fachbereich finanziell unterstützen. Der Fachbereich strebt auch künftig strategische Partnerschaften mit Unternehmen an. „Solche Public-Private-Partnerships haben den Charme, dass sie auf der Basis von Geben und Nehmen Nutzen für beide Seiten bieten“, so Peters. So hat beispielsweise ALDI SÜD die Möglichkeit den Hörsaal in der vorlesungsfreien Zeit als Forum seiner Informationsveranstaltungen zu nutzen. Für die Studierenden bedeutet die Kooperationsvereinbarung, dass sie sich schon jetzt auf einen optimal ausgestatteten neuen Hörsaal in einer erfri-

Tagungshinweise / Wettbewerbe

Deutscher Gründerpreis für Schüler 2008

Auch in diesem Jahr werden junge Menschen mit Mut und Unternehmergeist gesucht, die in Teams ein fiktives Unternehmen gründen und sich dadurch nachhaltig für den Berufseinstieg qualifizieren.

Die Partner des Deutschen Gründerpreises für Schüler „*Stern, Sparkassen, ZDF und Porsche*“ rufen ab sofort alle SchülerInnen auf, sich spätestens bis zum 13. Februar 2008 unter www.deutscher-gruenderpreis.de/schueler für die neue Spielrunde zu bewerben.

Die Teilnehmer müssen mindestens 16 Jahre alt sein und eine allgemeinbildende oder berufliche Schule besuchen. Bisher haben über 30.000 Schülerinnen und Schüler mit Engagement und Eigeninitiative am Wettbewerb teilgenommen. Spielplattform des Existenzgründer-Planspiels ist das Internet.

Um Lehrern die Vorbereitung auf den Unterricht zu erleichtern, werden unter www.deutscher-gruenderpreis.de/schueler vielfältige Informationen und Unterrichtsmaterialien bereitgestellt. Im passwortgeschützten „Infobereich für Lehrer“ finden Sie unter anderem einen Foliensatz zum Download. Zugangsdaten zu diesem Bereich können Sie auf unserer Homepage ganz einfach bestellen.

Kontakt:

Deutscher Gründerpreis für Schüler
Projektbüro
Nadja Töpfer
Am Baumwall 11, 20459 Hamburg
Tel (040) 37 03 45 45
Fax (040) 37 03 58 10

Publikationshinweise

Wie bereits in früheren GATWU - Mitglieder-rundbriefen bzw. im GATWU-Forum, so möchten wir auch zukünftig unter der Rubrik "Neue Publikationen" schwerpunktmäßig Publikationen vorstellen, die sich auf das Lernfeld Arbeitslehre beziehen. Selbstverständlich erheben wir keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Zusätzlich sei darauf hinweisen, dass die jeweilige Charakterisierung sicher immer subjektiv und die gewählte Rezensionsreihenfolge kein Hinweis auf die Güte der Publikation ist. Zur schnelleren Orientierung erfolgt jeweils ein einheitlicher Aufbau: Nach den genauen bibliographischen Angaben erscheint eine stichwortartige Inhaltsangabe und anschließend die bereits erwähnte Charakterisierung.

An dieser Stelle sei angemerkt, dass wir es begrüßen, wenn GATWU - Mitglieder eigene Rezensionen einreichen (möglichst den Text unformatiert auf einer beliebigen Diskette - und vielleicht sogar mit WinWORD erstellt) oder uns Hinweise auf rezensionswürdige Publikationen (dieses bezieht sich ausdrücklich auch auf die sogenannten "Grauen Materialien", die z. B. nur in kleiner Auflage oder sogar teilweise kostenlos vertrieben werden) geben könnten.

Wilfried Wulfers

Harald Eichelberger und Christian Laner (Hg.): Zukunft Reformpädagogik. Neue Kraft für eine moderne Schule. Innsbruck: StudienVerlag 2007. 528 Seiten. Gebunden. 22,90 € ISBN 978-3-7065-4359-0.

Charakterisierung: Die historischen Erziehungsentwürfe der Reformpädagogik entsprechen zunehmend den Erziehungsidealen der Gegenwart, denn Selbstständigkeit, Verantwortung, Solidarität u. ä. m. sind Erziehungsziele, die den reformpädagogischen Konzepten immanent sind. Die hier vorgestellten Beiträge bilden eine Grundlage für die aktuelle Entwicklung des europäischen Schulwesens. Hingewiesen sei darauf, dass dieses Buch die erste deutschsprachige Fassung des Standardwerkes „Education on the Dalton Plan“ von Helen Parkhurst enthält. Der Daltonplan gilt als das Reformmodell für die Sekundarschule.

Ulf Mühlhausen: Abenteuer Unterricht. Baltmannsweiler: Schneider Verlag 2007.

284 Seiten mit DVD-ROM. 19,80 € ISBN 978-3-8340-0192-4.

Inhalt: Wie LehrerInnen mit überraschenden Unterrichtssituationen umgehen.

Charakterisierung: Je näher man auf Unterricht zugeht, desto deutlicher wird, wie gering die Determinationskraft von vorausgehender Planung ist. Jenseits von bildungspolitisch herstellbaren Rahmenbedingungen und gegencurriculare Ansprüche werden vor Ort kaum berechenbare Faktoren wirksam, die über Erfolg oder Misserfolg von Unterricht entscheiden. In wie vielfältiger Weise das Unerwartete selbst in gründlichvorbereiteten Unterricht „einbrechen“ kann, zeigen 222 Unterrichtsbeispiele, 45 davon als Videoszenen auf der DVD. Die daraus resultierenden Anforderungen an die Lehrkräfte sind mitunter recht verzwickelt und ihre Reaktionen durchaus nicht immer pädagogisch vertretbar. Wovon lassen sich LehrerInnen in Situationen leiten, in denen das vorentworfenen Stundenkonzept seine handlungsleitende Funktion einbüßt? Forschungsbefunde und Erklärungsversuche hierzu gibt es nur wenige und sie sind erstaunlich widersprüchlich. Auch wenn eine fundierte Forschung zu diesem Problemkomplex erst am Anfang steht, so hat die Lehrerbildung die schwierige Aufgabe, LehrerInnen besser als bisher auf die unstete, nicht im Voraus planbare Seite des Unterrichtens einzustellen.

Gustav Keller: Schulisches Qualitätsmanagement von A-Z. Baltmannsweiler: Schneider Verlag 2007. 164 Seiten. 16 € ISBN 978-3-8340-0183-2.

Charakterisierung: Die Sicherung und Weiterentwicklung der Schulqualität sind zu einer pädagogischen Pflichtaufgabe geworden. Das vorliegende Nachschlagewerk vermittelt anschaulich und detailliert Begriffe, Konzepte und Methoden des schulischen Qualitätsmanagements. Es wendet sich an Schulleitungen, Lehrpersonen, Schulaufsichtsbeamte sowie an alle Lehrpersonen, die an der Schulevaluati-on und Schulentwicklung mitwirken.

Udo W. Kliebisch und Roland Meloefski: LehrerAlltag. Pädagogik für die Praxis. Baltmannsweiler: Schneider Verlag 2007. 256 Seiten. 19,80 € ISBN 978-3-8340-0202-0.

Inhalt: Konkrete Handlungswissen für die Bereiche: Kooperatives Lernen; Unterrichts- und Verhaltensstörungen; Konflikte in der Schule; Stress und Stressbewältigung; Zeitmanagement.

Charakterisierung: „LehrerAlltag“ ist ein theoriegeleitetes Arbeitsbuch für die Praxis. Es ist gedacht für

LehramtsanwärterInnen aller Schulformen und kann in der Fortbildung der LehrerInnen genutzt werden. Hingewiesen sei darauf, dass dieses Buch zahlreiche Beispiele, Übungen und Arbeitsanregungen zur theoretischen und praktischen Auseinandersetzung mit den alltäglichen Berufserfahrungen der Lehrenden enthält.

Ulf Mühlhausen und Wolfgang Wegner: Erfolgreicher Unterrichten?! Baltmannsweiler: Schneider Verlag 2006. 272 Seiten mit DVD-ROM. 19,80 € ISBN 3-8340-0058-2.

Inhalt: Eine erfahrungsfundierte Einführung in die Schulpädagogik.

Charakterisierung: Was macht erfolgreichen Unterricht aus? Dieser Frage wird anhand von 13 schulpädagogischen Themenschwerpunkten nachgegangen, mit denen sich LehrerInnen gründlich auseinandersetzen sollten. Berufsanfänger empfinden eine Auseinandersetzung mit Unterricht am Schreibtisch oft als wenig gewinnbringend, weil ihnen die dabei unvermeidlich ins Spiel zu bringenden theoretischen Kategorien mangels eigener Unterrichtserfahrung fremd oder zumindest wenig vertraut erscheinen. Diesem Manko wird hier entgegengewirkt, indem schulpädagogische Begriffe und Unterrichtskonzepte auf der beiliegenden DVD mit Videoszenen veranschaulicht werden und anhand von Web - basierten - Analyseübungen am PC vertieft werden können. Mit Hilfe der Videobeispiele, Analyseübungen und Erkundungsprojekte können die unterrichtstheoretischen Kategorien erfahrungsfundiert nachvollzogen werden.

G Data: TotalCare 2008. All-in-one: InternetSecurity plus Backup plus Tuning. Bochum: G Data 2007. CD-ROM mit Handbuch von 200 Seiten. 49,95 €

Inhalt: AntiVirus; Firewall; DatenBackup; AntiSpam; AntiPhishing; Kindersicherung und System-Tuning.

Charakterisierung: TotalCare 2008 ist die neue All-In-One Lösung des deutschen Security - Qualitätsführers. TotalCare kombiniert den Testsieger der Stiftung Warentest G DATA InternetSecurity mit einer automatischen Datensicherung und einem Tuning-Paket für höchste Sicherheit und optimale Rechengeschwindigkeit.

Heike Kahlert und Jürgen Mansel (Hg.): Bildung und Berufsorientierung. Der Einfluss von Schule und informellen Kontexten auf die berufliche Identitätsentwicklung. Weinheim: Juventa 2007. 248 Seiten. 23 € ISBN 978-3-7799-1584-3.

Inhalt: Der Schule - Krise der (Aus-) Bildung?; Bildungskarrieren; Schulische Berufsorientierung im Blickpunkt; Berufsbezogene Identitätsentwicklung in informellen Kontexten.

Charakterisierung: Jugendliche sollen und müssen heute ihre Identitäten und ihre Lebensentwürfe selbst konstruieren können. Dabei spielt die Institution

Schule als zentraler Bildungs- und Lernort eine bedeutende Rolle. Daneben gewinnen informelle Kontexte wie Familie und Freizeit auch für die berufliche Identitätsbildung der Jugendlichen an Bedeutung. Die Reflexion dieser sich neu formierenden komplexen Wechselwirkungen von Identitätsentwicklung, Institutionenwandel, (Aus-) Bildung und der Orientierung auf Erwerbsarbeit von Jugendlichen steht im Zentrum dieses Bandes.

Rolf Oberliesen und Hans-Dieter Schulz (Hg.): Kompetenzen für eine zukunftsfähige arbeitsorientierte Allgemeinbildung. Forum Arbeitslehre Bd. 5. Baltmannsweiler: Schneider Verlag 2007. 290 Seiten mit DVD-ROM. 19,80 € ISBN 978-3-8340-0268-6.

Inhalt: Arbeits-, Berufsforschung und Jugendstudien; Lernbereichsdidaktik und Curriculumentwicklung; Rahmenbedingungen, schulische und außerschulische Partner und Unterstützungssysteme; Anhang.

Charakterisierung: Dieses Buch greift die Diskussion um die arbeitsorientierte Allgemeinbildung unter drei Perspektiven auf. Erstens geht es um veränderte Lebens- und Arbeitssituationen der Jugendlichen und die veränderten Ansprüche aus der Sicht der Arbeits- und Berufsorientierung sowie der Jugendforschung. Zweitens wird die Lernbereichsdidaktik (Arbeit, Beruf, Haushalt, Technik, Wirtschaft /Arbeitslehre) und deren curriculare Entwicklung thematisiert: Kompetenzorientierung, Arbeitsorientierung und Standardentwicklung sowie erforderliche curriculare Reformen sind dabei zentral. Drittens werden Rahmenbedingungen identifiziert und bewertet. Im Mittelpunkt stehen schulische und außerschulische Konzeptionen, Modelle, Unterstützungssysteme und Erfahrungshorizonte. Der vorliegende Band ist aus einer Hochschulveranstaltungsreihe mit ExpertInnen. Im Rahmen der Veranstaltung wurde ein neues hochschuldidaktisches Konzept erprobt, das ebenfalls in diesem Band vorgestellt wird. Weiterhin wurden die zentralen Referate als E-Lecture einer breiteren Öffentlichkeit über das Internet zugänglich gemacht; dieses Dokument liegt dem Band als DVD bei.“

Kathrin Sebastian und Jörg Schudy: Experimente aus Küche, Keller und Kommode. Band 2: Sinnesorgane. Baltmannsweiler: Schneider 2005. 128 Seiten + CD-ROM. 18 € ISBN 3-89676-989-8.

Charakterisierung: Im Nachwort des Buches heißt es: „Alle im Band vorgestellten Experimente, zu den Themen: Schmecken, Fühlen, Hören, Riechen und Sehen, orientieren sich eng an den Alltagserfahrungen der Schülerinnen und Schüler. Neben den detaillierten Erläuterungen finden sich vielfältige Variationsmöglichkeiten und umfangreiche Sachinformationen zu allen Sinnesorganen. Auf der beigelegten CD-ROM finden sich nicht nur alle Experimente als Arbeitsblätter, sondern auch die umfangreichen Linktipps des

Bandes sind dort zu finden und bequem zu bedienen. Anders als vielfach in der Praxis des naturwissenschaftlichen Unterrichts soll das Experimentieren hier nicht in erster Linie dem Nachweis eines Naturgesetzes dienen. Vielmehr ist das Experimentieren im vorliegenden Band ein Impulsgeber für vielfältige Prozesse des forschenden und entdeckenden Lernens. Diese Überlegung wird bei der Auswahl der in diesem Band vorgeschlagenen Experimente deutlich, weil deren Durchführung in der Regel auf alltäglich verfügbaren Materialien und Mitteln sowie auf unkomplizierten Verfahrensweisen beruht, also keiner aufwändigen Laborausstattung bedarf. Somit ist auch gewährleistet, dass Schülerinnen und Schüler diese Experimente zu Hause wiederholen, ergänzen und modifizieren können.“

Data Becker (Red.): BewerbungsGenie 5. In drei Schritten zur Erfolgswerbung! Düsseldorf: Data Becker 2007. CD-ROM mit Handbuch. 15,95 € ISBN 978-3-8158-8204-7

Inhalt: *Individuelles Profil:* Ermittelt Ihr persönliches Bewerbungsprofil, berücksichtigt sowohl die Anforderungen der Stellenanzeige als auch das Branchenprofil; *Persönliches Anschreiben:* erstellt aus über 2.500 perfekt formulierten Textbausteinen ein individuelles Anschreiben; *Gekonnter Lebenslauf:* Generiert aus den Angaben zu Ihrer Person automatisch einen Lebenslauf; *Perfekte Verwaltung:* Passbilder, Zeugnisse, Urkunden, Prüfungsbescheinigungen etc. können mühelos eingescannt und bequem im Media - Center verwaltet werden; *Hervorragendes Design:* Professionelle und zeitgemäße Layoutvarianten für jeden Geschmack, komfortable Design - Vorschau, vielseitige Druckfunktionen; *E-Bewerbung:* Bewerbungsunterlagen einfach ins universell lesbare, platzsparende PDF-Format exportieren und per E-Mail versenden; **Charakterisierung:** Diese bewährte Software verhilft mit wenigen Klicks zu einer ansprechenden Bewerbung, die individuell auf die eigenen Fähigkeiten zugeschnitten ist. Zusätzlich bereitet der integrierte Bewerbungscoach auf ein mögliches Vorstellungsgespräch vor.

BeckerCAD 5: Düsseldorf: Data Becker 2007. CAD-Software. 99,95 € ISBN 978-3-8158-7340-3.

Inhalt: Direkt umsetzbare Vorlagen für Architektur, Elektrotechnik, Maschinenbau und Heimwerker; Render - Engine für die realistische 3D-Modell-Visualisierung; Modell - Explorer zur zentralen Projektsteuerung; Vollständige 2D-Zeichenfunktionalität; Schraffurfunktionen nach DIN in assoziativer Form; Parametrische 2D - Normteile mit Normteilibibliothek; Erstellung von Rotationskörpern und 3D-Symbolen; Kompatibel zu AutoCAD und CADdy++ Maschinenbau; Programmunterstützte Zeichnung von Stahlbau-

profile; Erstellung von kompletten Verschraubungen; Einfaches Ausblenden aktuell nicht benötigter Teile.

Charakterisierung: Mit neuen Symbolen, vereinfachten Dialogen und verbesserten Werkzeugleisten hat man die Funktionsvielfalt von BeckerCAD 5 schnell sicher im Griff. Dank einstellbarer Hintergrundfarbverläufe lassen sich 3D-Objekte noch plastischer darstellen. Der innovative Modellexplorer ermöglicht die zentrale Erstellung und Steuerung von Zeichnungen, Bauteilen und Bemaßungen. Hier können Teilzeichnungen, Normteile, Gruppen etc. komfortabel angelegt, strukturiert und sortiert werden. Außerdem lassen sich Bauteiltexte, 2D-Normteile, Schraffuren u.v.m. schnell und einfach editieren. Auch die Zeichnungserstellung und fertigungsgerechte Bemaßung wurde noch einmal optimiert.

Hermann May: Didaktik der ökonomischen Bildung. 6., überarb. und aktual. Auflage. München: Oldenbourg 2007. 124 Seiten. Gebunden. 19,80 € ISBN 978-3-486-58266-6.

Inhalt: Fachwissenschaftliche und fachdidaktische Kategorien; Erkenntnislogische Reihung des wirtschaftlichen Bildungsstoffes; Schwerpunktgebiete der ökonomischen Bildung; Methoden der ökonomischen Bildung.

Charakterisierung: Das Werk stellt die Aspekte der Didaktik der ökonomischen Bildung übersichtlich und fundiert dar.

Karlheinz Sonntag und Ralf Stegmaier: Arbeitsorientiertes Lernen. Zur Psychologie der Integration von Lernen und Arbeit. Stuttgart: Kohlhammer 2007. 276 Seiten. Gebunden. 32 € ISBN 978-3-17-018470-1.

Inhalt: Arbeitsorientiertes Lernen; Theorien und Modelle von Arbeit und Lernen; Gestaltung und Wirkung arbeitsintegrierten Lernen; Gestaltung und Wirkung von arbeitsbezogenem Lernen; Analyse, Gestaltung und Evaluation arbeitsorientierten Lernens; Fazit.

Charakterisierung: Um der Dynamik des Lernens gerecht zu werden, müssen Lernen und Arbeit in Konzeption und Gestaltung stärker verbunden werden. Arbeitsorientiertes Lernen bietet hierfür einen neuen Ansatz. Im Mittelpunkt dieses Buches steht die Frage, wie Lernen direkt in der Arbeit gestaltet werden kann und wie der Arbeitsbezug in Lernumgebungen zu verbessern ist. Hierzu werden psychologische Grundlagen und Modelle, praxisorientierte Gestaltungsansätze sowie Analyseinstrumente und Methoden dargestellt und diskutiert.

Gerd Steffens (Hg.): Politische und ökonomische Bildung in Zeiten der Globalisierung. Münster: Verlag Westf. Dampfboot 2007. 320 Seiten. 29,90 € ISBN 978-3-89691-650-1.

Inhalt: Ökonomie und Politik in der Globalisierung - Theorieansätze; Neue Handlungsfelder; Globalisierung und politisch - ökonomische Bildung; Curriculare, didaktische und unterrichtspraktische Aspekte politisch - ökonomischer Bildung.

Charakterisierung: Globalisierung und Ökonomisierung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse stellen politische und ökonomische Bildung vor Herausforderungen, deren Dimensionen noch kaum angemessen abgeschätzt werden. Bisher selbstverständliche Voraussetzungen politischer Bildungsarbeit scheinen durch die tiefgreifenden Transformationsprozesse selbst in Frage gestellt. Wer die Chancen, die in dieser Spannung liegen, für politische und ökonomische Bildung nutzen will, braucht zeitdiagnostisches Wissen und Zugänge zu aufschlussreichen wissenschaftlichen Diskursen. Doch wie können Heranwachsende unter grundlegend veränderten Basisbedingungen auch künftig lernen, zu Akteuren gesellschaftlicher Selbststeuerung zu werden? Hervorgegangen aus Vorträgen in Bildungsveranstaltungen, insbesondere für LehrerInnen, unterbreiten die Beiträge dieses Bandes ein solches Angebot.

Worldwatch Institute (Hg.): Bericht zur Lage der Welt 2007. Münster: Verlag Westf. Dampfboot 2007. 236 Seiten. 19,90 € ISBN 978-3-89691-653-2.

Inhalt: Der Planet der Städte.

Charakterisierung: Über drei Milliarden Menschen leben in Städten bzw. Ballungsgebieten. Damit wohnen zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte mehr als die Hälfte aller Menschen in urbanen Siedlungsräumen. Doch ein sehr großer Teil von ihnen lebt in Slums: ohne Wasser und sanitäre Anlagen, ohne ausreichend Raum und sichere Eigentumstitel. Die allermeisten dieser Slums befinden sich in Afrika, Asien und Lateinamerika. Und die Städte der Welt wachsen weiter. Dabei verbrauchen sie ein Mehrfaches der eigenen Fläche zu ihrer Versorgung mit dem Notwendigsten. Wie dieser bedrohliche Trend gebrochen und eine zukunftsfähige Entwicklung für alle eingeleitet werden kann - das beschreibt dieser Bericht.

Worldwatch Institute (Hg.): Bericht zur Lage der Welt 2006. Münster: Verlag Westf. Dampfboot 2007. 320 Seiten. 19,90 € ISBN 978-3-89691-628-9.

Inhalt: China, Indien und unsere gemeinsame Zukunft.

Charakterisierung: Der rasante ökonomische Aufstieg so bevölkerungsreicher Länder wie China und Indien verändert die Welt. Aber nicht nur in der globalen Wirtschaft ist dieser Wandel bemerkbar, sondern auch in der Kultur, der Politik und im Alltag. Eine weltweite nachhaltige Entwicklung ist ohne diese beiden Länder nicht zu erreichen. Wie das zum Wohle aller gelingen kann - das beschreibt dieser Bericht. Weitere Beiträgen befassen sich mit aktuellen The-

men wie Nanotechnologie, Biotreibstoffe und Fleischproduktion.

Hans Kaminski u.a.: Mehr Wirtschaft in die Schule. Herausforderung für den Unterricht. Wiesbaden: Universum Verlag 2007. 208 Seiten. 16,80 € ISBN 978-3-89869-184-0.

Charakterisierung: Wirtschaftliche Zusammenhänge prägen vermehrt unseren Alltag und besonders das Leben junger Leute wird in mannigfacher Weise durch ökonomische Tatbestände beeinflusst. Doch welche Kenntnisse, Handlungsperspektiven, Wertvorstellungen brauchen junge Leute, damit sie kompetent, mutig und zuversichtlich auch unter unsicheren Rahmenbedingungen ökonomische Verantwortung übernehmen und zukunftsstrategisch planen können? Wie können Schule und Unterricht unseren Jugendlichen so früh wie möglich eigenverantwortliches Wirtschaften, einen angemessenen Umgang mit Geld, selbständige Zukunftsplanung und Zukunftsvorsorge beibringen? Mehr Wirtschaft in die Schule ist die Antwort, die die AutorInnen dieses Buches parat haben. Die beiliegende CD-ROM enthält umfangreiche Materialien für den Unterricht.

Karin Wolff: Klasse Schule - starke Kinder. Wiesbaden: Universum Verlag 2007. 144 Seiten. 16,80 € ISBN 978-3-89869-197-0.

Inhalt: Vorgestellte Projekte im Buch sind: Deutschvorlaufkurse zur frühen Sprachförderung von Kindern noch vor der ersten Klasse, das „Ganztagsprogramm nach Maß“, mit dem Hessen sein Ganztagsangebot bereichert, die SchuB-Klassen mit erhöhtem Praxisanteil, um schwächere Schülerinnen und Schüler zum Hauptschulabschluss zu führen, das Projektbüro „Schule & Gesundheit“ mit diversen Beratungsangeboten u. v. m.

Karin R. Fries u.a.: Teure Jugend. Wie Teenager kompetent mit Geld umgehen. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich 2007. 194 Seiten. 12,90 € ISBN 978-3-86649-074-1.

Inhalt: Spricht man über Geld?; Die Einnahmen der Jugendlichen; Die Ausgaben der Jugendlichen; Das Handy: Besitz, Ausgaben und familiärer Hintergrund; Güterbesitz, Güterwunsch und Informationsverhalten; Zum Sparverhalten der Jugendlichen; Zur Verschuldung der Jugendlichen; Demonstrativer und kompensatorischer Konsum; Literatur.

Charakterisierung: Das Buch befasst sich mit Einnahmen und Ausgaben von Kindern und Jugendlichen im Alter von zehn bis 17 Jahren, mit ihrem Sparverhalten, mit ihren Schulden sowie mit dem demonstrativen und kompensatorischen Konsumverhalten. Das Buch enthält Tipps und Tricks - für Jugendliche sowie Eltern und ErzieherInnen - zum Umgang mit Geld.

Karl-Heinz Hillmann: Wörterbuch der Soziologie. 5., völlig überarbeitete und ergänzte Aufl., Stuttgart: Kröner 2007. 1017 Seiten. Leinen. Oktavformat. 29,80 € ISBN 978-3-520-41005-4.

Inhalt: Rund 2.500 alphabetische Sach- und Personalartikel zu allen Bereichen der Soziologie informieren über wissenschaftstheoretische Grundlagen, über die Geschichte der Soziologie, theoretische Ansätze, spezielle Soziologien, Methoden der Empirischen Sozialforschung und über zahlreiche soziale Probleme, ferner über Klassiker und Vertreter des Faches, die zur Entwicklung der Soziologie beigetragen haben.

Charakterisierung: Die Soziologie als selbstständige Wissenschaft hat sich bereits in viele "spezielle Soziologien" ausdifferenziert. Diese beschäftigen sich wiederum nur mit Teilbereichen unseres Lebens - und schnell verliert Mann / Frau den Überblick. Das vorliegende "Wörterbuch der Soziologie" könnte eine Abhilfe schaffen, denn wer sich schnell und dennoch hinreichend über die verschiedenen Bereiche der Soziologie informieren möchte, der wird hier fündig.

Hans-Jürgen Bieling: Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag 2007. 305 Seiten. Gebunden. 24,90 € ISBN 978-3-531-14135-0.

Inhalt: Was heißt Internationale Politische Ökonomie (IPÖ)?; Theoriefolien: Analyseperspektiven der IPÖ; Internationale Entwicklungskonstellationen; Umbrüche in der IPÖ; Jenseits der Globalisierung? Widersprüche und Konfliktfelder in der IPÖ.

Charakterisierung: In dem vorliegenden Studienbuch wird dargelegt, welche Fragestellungen, theoretischen Debatten und neuen Erkenntnisse die IPÖ prägen. Hierzu werden zunächst der Gegenstandsbereich und das Selbstverständnis der IPÖ genauer bestimmt, die Prämissen und Erkenntnisinteressen konkurrierender Analyseperspektiven heraus gearbeitet und die Merkmale spezifischer historischer Entwicklungskonstellationen identifiziert.

Jutta Ecarius (Hg.): Handbuch Familie. Wiesbaden: VS Verlag 2007. 701 Seiten. 59,90 € ISBN 978-3-8100-3984-2.

Inhalt: Über 40 WissenschaftlerInnen geben einen differenzierten Einblick in die Bereiche Familienstrukturen: Zur Geschichte der Familie - Zur aktuellen Lage der Familie - Intereuropäische Perspektive - Familie und Sozialstruktur - Geschlechteraspekte im Kontext von Familie - Familie und Migration - Familienformen: Familienerziehung - Eltern - Kind - und Geschwisterbeziehungen - Mütter und Väter - Großeltern in Familien - Verwandtschaft - Kindheit und Familie - Jugend und Familie - Alter und Familie - Familie und Bildungsinstitutionen: Familie und Elementarerziehung - Familie und Grundschule - Familie und Schule - Familie und Weiterbildung - Familienbildung - Familie: Differentielle Felder: Kulturelle

Transferbeziehungen - Familiengedächtnisse und Familienstrategien- Rituale - Literatur - Medien - Gesundheit - Religion - Familie und sozialpädagogische Arbeitsfelder: Familienrecht - Kinder- und Jugendhilfe - Sozialpädagogische Familienhilfe - Zwischen Elternrecht und Kindeswohl - Gewalt in der Familie - Familie, Familientherapie und Beratung - Erziehungsratgeber

Charakterisierung: Das Handbuch Familie repräsentiert den theoretischen und empirischen Stand der Familienforschung. Aus interdisziplinärer Sicht wird ein systematischer Überblick über theoretische Ansätze und systematische Felder der Familienforschung gegeben.

Elmar Drieschner: Erziehungsziel „Selbstständigkeit“. Grundlagen, Theorien und Probleme eines Leitbildes der Pädagogik. Wiesbaden: VS Verlag 2007. 287 Seiten. 36,90 € ISBN 978-3-531-15437-4.

Inhalt: Selbstständigkeit als Zielnorm moderner Pädagogik; Selbstständigkeit als Lernziel; Zusammenhänge und Problemfelder modernisierungstheoretischer und konstruktivistischer Diskurse über Selbstständigkeit und Selbstlernen.

Charakterisierung: Das Erziehungs- und Bildungsverständnis heutiger Eltern und Pädagogen ist zentral durch den Gedanken der Förderung der Selbstständigkeit von Kindern und Jugendlichen bestimmt. In einer historisch - systematischen Zusammenschau beleuchtet Elmar Drieschner klassische und aktuelle Perspektiven auf Selbstständigkeit.

Pascale Gazareth u.a. (Hg.): Neue soziale Ungleichheit in der Arbeitswelt. Konstanz: UVK 2007. 252 Seiten. 24 € ISBN 978-3-89669-637-3.

Inhalt: Integration und Exklusion in den modernen Gesellschaften; Integration und Ausschluss; Der Lohn der Angst; Erwerbsarbeit und Armut; Prekäre Arbeit; Recht zur Verhinderung von Ausschlussrisiken; Berufliche Deklassierung.

Charakterisierung: Die Schlagworte »Aktivierung« und »Eigeninitiative« vermitteln den Eindruck, als wäre die Integration in den Arbeitsmarkt der Königsweg gegen gesellschaftlichen Ausschluss. Inwiefern in der Arbeitswelt selbst Ausschlussprozesse wirksam sind, veranschaulichen die hier versammelten Beiträge.

Georg Weißeno u.a. (Hg.): Wörterbuch Politische Bildung. Schwalbach: Wochenschau Verlag 2007. 464 Seiten. Gebunden. 19,80 € ISBN 978-3-89974248-0.

Inhalt: Stichwörter sind u.a.: Arbeitstechniken, Beutelsbacher Konsens, Bezugswissenschaften, Bildung, interkulturelle Bildung, Bildungspolitik, Bildungsstandards, Demokratie, Erwachsenenbildung, Evaluation, Fachintegration, Gender, Gesellschaftsanalyse, Gespräch / Diskussion, Handlungskompetenz, Inhaltsfelder, Institutionen, Jugendbildung, Kompetenzmodell, Lehrerbildung, Lehr-Lern-Forschung,

Lerner, außerschulische Lernform, Lernort, Lernstandserhebung, Lernweg, Massenmedien, Mikromethode / Makromethode, Orientierungen, Partizipation, Planung Erwachsenenbildung, Politik, Politikdidaktik, Präsentation, Prinzipien Erwachsenen- und Jugendbildung, Professionalisierung, Qualitätsentwicklung, Rechtsextremismus, Schulfach, Schulformen, Service Learning, Sozialformen, Sozialisation, Unterrichtsforschung, Unterrichtsmedium, Unterrichtsplanung, Urteilskompetenz, politische, Werkstatt, Werte, Wissen, Ziele, Zugangsweise.

Charakterisierung: Das Wörterbuch entfaltet mit seinen ca. 450 Stichworteinträgen die zentralen Begriffe der politischen Bildung und Politikdidaktik. Die Themen werden multiperspektivisch erschlossen. Die Aspekte der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung und der Politikdidaktik wurden dabei so weit wie möglich zusammengeführt. Dieses Buch ist ein Nachschlagewerk für alle, die in der politischen Bildung arbeiten und ein aktueller Beitrag zur Standortbestimmung des Faches.

Hans Kaminski (Hg.): Praxis 5/6. Arbeitslehre Hessen. Braunschweig: Westermann 2007. 118 Seiten. Gebunden. 16 € ISBN 978-3-14-116015-4.

Inhalt: Wir feiern ein Fest; Ohne Computer geht nichts mehr?; Fahrten und Reisen zu niedrigen Preisen; Ein Produkt für den Markt gestalten; Ist der Supermarkt eine Käuferfalle? Formen der Arbeit - Formen der Zusammenarbeit.

Charakterisierung: Die inhaltliche Konzeption dieses Buches entspricht den Vorgaben des Lehrplans Arbeitslehre in Hessen für die Jahrgangsstufen 5 und 6. Neben der Einübung fachspezifischer Arbeitstechniken geht es um die nachhaltige Verbesserung der Selbstlern-, Sozial- und Methodenkompetenz. Die dargebotenen Fallbeispiele beziehen sich auf die Erfahrungswelt der SchülerInnen dieser Altersstufe.

Hartmut Meier u.a.: Meine Berufswahl. Arbeitsheft zur Berufsorientierung. Braunschweig: Schroedel 2007. 64 Seiten. DIN A4. 6 € ISBN 978-3-507-46174-1.

Inhalt: Tipps für die Arbeit; Anlegen eines Berufswahlordners; Berufsfelder; Berufswahlzeitplan; Meine Fähigkeiten, Erwartungen und Neigungen; Frauenberufe - Männerberufe?; Betriebskundung; Praktikum; Bewerbung; Tagesberichte; Stellengesuche; Vorbereitung auf den Einstellungstest; Weiter nach der Schule? Schulabschlüsse.

Charakterisierung: Wichtiges und nützliches Arbeitsheft zum Thema Berufsorientierung.

Jula Müller: Meine Rechte als Azubi. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag 2007. 140 Seiten. 9,90 € ISBN 978-3-7639-3507-7.

Charakterisierung: Was steht Auszubildenden zu? Was wird mit Recht von ihnen erwartet? Und welches Verhalten ist in Konfliktsituationen angemessen? Was immer für Azubis während der Ausbildung an rechtlichen und finanziellen Belangen wichtig ist, findet man hier. Durch eine jugendgerechte Sprache und viele Praxisbeispiele sind die rechtlichen Regelungen auch für Laien verständlich.

ProfilPASS für junge Menschen. Stärken kennen - Stärken nutzen. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag 2007. DIN A4-Ordner mit 6 Registerblätter und 70 Seiten. 16,95 € ISBN 978-3-7639-3519-2.

Inhalt: Unterstützt durch begleitende Beratung entdecken die Jugendlichen mit Hilfe dieses Passes ihre persönlichen Stärken und Interessen. Dieser ProfilPASS berücksichtigt dabei alle Lebensbereiche, die für Jugendliche relevant sind: Schule und Berufsausbildung, Freizeit, Familie und Freunde spielen eine wichtige Rolle für die Orientierung mit Blick auf die Berufswahl.

Charakterisierung: Was kann ich? Worin bin ich gut? Wo liegen meine Interessen und Stärken? Antworten auf diese Fragen sind Voraussetzung, um sich als Jugendlicher ein klares Bild über sich selbst machen und sich für einen Beruf entscheiden zu können.

Dieter Gnahs: Kompetenzen - Erwerb, Erfassung, Instrumente. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag 2007. 140 Seiten. 18,90 € ISBN 978-3-7639-1944-4.

Inhalt: Grundlagen; Kompetenzgenese; Kompetenzerfassung und Kompetenzmessung; Anwendungsfelder; Instrumente zur Erfassung; Personalentwicklungsgespräche; Instrumente zur Erfassung der Lese- und Rechenfähigkeit; Perspektiven.

Charakterisierung: Der Studientext führt in den Begriff der Kompetenz ein. Er grenzt ihn gegen die Begriffe Bildung, Qualifikation und Humankapital ab und beschreibt den bildungspolitischen, wissenschaftlichen und bildungspraktischen Zugang. Dieter Gnahs zeigt, wie Kompetenzen entstehen und wie sie gefördert werden. Er stellt vor, wie Kompetenz erfasst und gemessen wird und wo Kompetenzbeurteilungen eingesetzt werden. Abschließend diskutiert er offene Fragen und die weitere Entwicklung der Kompetenzforschung.

Anschriften Vorstand und Bundesausschuss der GATWU

A. Vorstand

Dr. Günter Reuel (1. Vorsitzender)

privat: Pestalozzistr. 37, 10627 Berlin (Tel.: 030-32703-440; **FAX**: - 441); E-Mail: greuli@t-online.de

Regine Bigga (2. Vorsitzende)

privat: Wilmersdorfer Str. 105, 10629 Berlin, Tel.: 030-3246623; **FAX**: -314-21120; dienstl.: Pädagogische Hochschule Ludwigsburg - Fach Haushalt/Textil - Reuteallee 46, 71634 Ludwigsburg. Tel.: 07141 / 140 – 345; E-Mail: rbigga@web.de

Reinhold Hoge (GATWU-Geschäftsführer)

privat: Innstr. 45, 12045 Berlin (Tel.: 030-6812621); dienstl.: Hermann-von-Helmholtz-Schule, **FAX** 030-60971738; E-Mail: rhoge@gmx.de

Dr. Ulf Holzendorf (Beisitzer)

privat: Ziemenstr. 28 B, 14542 Glindow, Tel.: 03327-730773; dienstl.: Universität Potsdam, Inst. für Arbeitslehre, Karl-Liebknechtstr. 24-25, 14476 Potsdam, Tel.: 0331-977-2101; **FAX**: 0331-977-2078; E-Mail: holzdorf@rz.uni-potsdam.de

Silke Mensen (Beisitzerin)

privat: Meyerstr. 159, 28201 Bremen; E-Mail: simensen@gmx.de

B. Zusätzlich Bundesausschuss u.a.

Manfred Triebe (Landesvorsitzender GATWU Berlin; Gesell. für Arbeitslehre Berlin)

privat: Bülowstr. 19, 14163 Berlin (Tel.: 030-79701416); E-Mail: mtriebe@surfeu.de

Prof. Dr. Dieter Mette (Anprechpartner in Brandenburg)

privat: Martin-Luther-Str. 41, 14612 Falkensee, Tel.: 03322/421567; dienstl.: Uni Potsdam, Pf 601553, 14415 P.; Tel.: 0331-97720-17; **FAX**: - 78; E-Mail: mette@rz.uni-potsdam.de

Wolfgang Hellborn (Kontaktperson für die GATWU Bremen, Landesverband Bremen / Bremerhaven der GATWU e.V.)

privat: Wolfgang Hellborn, Brakkämpe 6, 28259 Bremen, hellwocharl@aol.com

Albrecht Werner (Ansprechpartner Gesellschaft für Arbeitslehre Hamburg)

privat: Kolberger Str. 10, 23858 Reinfeld (Tel.: 04533-610090); E-Mail: Albrecht-Werner@hamburg.de

Dr. Gottfried Feig (Landesvors. der Gesellschaft für Arbeitslehre Hessen - GeFA)

Adresse: Feerenstr. 24, 34121 Kassel, Tel.: 0561-2889709; E-Mail: feig@uni.kassel.de

Jörg Kreiter (Ansprechpartner der Gesellschaft für Arbeitslehre Rheinland-Pfalz)

Adresse: Karl-Sauer-Str. 6, 76829 Landau, Tel.: 06341-88402; E-Mail: JoKREI@t-online.de

Prof. Dr. Dirk Plickat (AG Grundschule und Technik)

privat: Rübker Weg 32b, 21614 Buxtehude; dienstl.: FH Wolfenbüttel / FH Braunschweig, FB Sozialwesen, Tel.: 0531-2852120- **FAX** -2852100; E-Mail: D. Plickat@FH-Wolfenbuettel.de

Dr. Wilfried Wulfers (Redaktion GATWU-Forum)

privat: In der Wann 15a, 35037 Marburg, Tel.: 06421-34942, **FAX**: 06421-360076, E-Mail: w.wulfers@gmx.de; dienstl.: (Tel.): 06426-92480; **FAX**: 06426-924849

Beitrittserklärung**GATWU**Gesellschaft für Arbeit, Technik und Wirtschaft im Unterricht e.V.
Geschäftsstelle: Technische Universität (TU) Berlin, c/o Institut für
Berufliche Bildung und Arbeitslehre, Franklinstr. 28/29, 10587 Berlin

(bitte in Druckschrift ausfüllen)

Name _____ Vorname _____

An die
GATWU-Geschäftsführung
c/o Fr. Dr. Simone Knab
TU Berlin
Institut für Berufliche Bildung und Arbeitslehre
Franklinstr. 28/29
10587 Berlin

Amtsbez./Titel _____

Anschrift (privat) _____

Straße _____

PLZ _____ Ort _____

☎ privat _____ dienstl. _____

E-mail _____

Beschäftigungsstelle _____

Ich wurde geworben von: Das Werbebuch erhält:

Ich erkläre meinen Eintritt in die GATWU (Gesellschaft für Arbeit, Technik und Wirtschaft im Unterricht e.V.) und erkenne die Satzung an. Ich zahle meinen Beitrag, dessen Höhe von der Mitgliederversammlung festgesetzt wird,

 im Abbuchungsverfahren per Dauerauftrag**Einzugsermächtigung** (bitte entsprechendes Kästchen ankreuzen)

Hiermit ermächtige ich die Gesellschaft für Arbeit, Technik und Wirtschaft im Unterricht e.V. widerruflich, den Jahresbeitrag von z.Zt. 40 Euro, den ermäßigten Beitrag von z. Zt. 15 Euro (Studierende, ReferendarInnen, Erwerbslose sowie Personen mit geringem Einkommen auf Antrag beim Vorstand), den Betrag für juristische Personen von z. Zt. 150 Euro zu Lasten meines Kontos

Kontonummer _____**Bankleitzahl** _____**Geldinstitut** _____**Ort** _____

mittels Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Instituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum _____**Unterschrift** _____